

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungskasse Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Bersammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 279.

Sonnabend, den 29. November 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Staatsstreich der Zollner.

Die Zollmehrheit fügt ihren Attentaten auf die Geschäftsordnung stets neue und stets schlimmere hinzu. Immerhin: von allen den Ein- und Uebergriffen, die sich die Zollner bisher haben zu Schulden kommen lassen, war der, den sie sich an diesem Donnerstag geleistet haben, der schlimmste. Jeder Stoß erzeugt einen Gegenstoß, und so ist es denn nicht wunderbar, daß die Donnerstagsitzung an stürmischer Aufregung alles in den Schatten stellt, was bisher je im deutschen Reichstage erlebt worden ist. Und doch scheint es, als ob der Gipfel noch längst nicht erklimmt sei. Die Mehrheit wird fortfahren auf dem Wege, den sie beschritten hat, freilich nur mit dem Erfolge, daß der Widerstand unserer Fraktion in demselben Verhältnis wachsen wird, wie die Rücksichts- und Skrupellosigkeit der Mehrheit, die jetzt endgültig die Nationalliberalen in ein schmächtig-drückendes Vasallenverhältnis hinabgezwungen hat. Der Hospodar der nationalliberalen Wallachen, Wasser mann, folgt den leisesten Augenwinkeln des Großkustans der Zolltürken, Spahn, und dessen Großveziers Kardorff. Dagegen scheint Herr Richter endlich ein Haar darin gefunden zu haben, als neuer Prinz Eugen der Zollmehrheit das Tariffelgrad erobern zu helfen: womit allerdings noch längst nicht gesagt ist, daß er und seine Mannen zu einer energischen Theilnahme an dem Geschäftsordnungs- und Zollkampfe sich aufraffen werden. Der Gebrauch der alten Wasserbüchse scheint den längst an höfische Badenstrümpfe gewöhnten Fortschrittsheinen nicht mehr zuträglich zu sein, ob besagte Weine norddeutschen Freisinnigen oder schwäbischen Demokraten nach Art Payers angehören.

Die Mehrheitsparteien einschließlich der Nationalliberalen rücken am Beginn der Donnerstagsitzung mit einem Ueber-rumpelungsantrage ins Feld, den sie augenscheinlich für äußerst scharfsinnig und fein ausgeklügelt erachteten. Die Häupter beider konservativen Fraktionen, des Zentrums und der Nationalliberalen (Paasche, Sattler, Wasser mann) beantragten, als Absatz 1 des § 1 des Tarifgesetzes kurzerhand zu bestimmen, daß der Tarif nach den Beschlüssen der Kommission in Kraft treten solle, in dessen unter Herabsetzung der Zölle auf landwirthschaftliche Maschinen. Die Beschlüsse des Perunus über die im Tarifgesetze behandelten Materien (Getreide und Vieh u. s. w.) werden durch den Antrag nicht getroffen, dessen kurzer Sinn im Uebrigen der ist, den ganzen Tarif in seinen fast 1000 Positionen en bloc zu berathen und jede eingehende Berathung der Materien zu hindern. Um es noch kürzer auszudrücken: der Antrag Kardorff bezweckt die Mundtodtmachung der Opposition oder, um Brömel treffende Worte zu gebrauchen, den Ausschluß der Minderheit von der Berathung. Daß sich übrigens selbst über diesen Anschlag die Mehrheitsfraktionen nur um den Preis wichtiger Angelegenheiten an die Uebergräber geeinigt haben, spricht Bände für die Herrschaft, die das Agrarierthum über die politischen Parteien Deutschlands bis weit nach links hinaus übt.

Das Wort Wallenheims:

„War der Gedank' nicht so verflucht gescheit,
„Man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen“

findet in seiner Umkehrung auf das Vorgehen der Kardorff und Genossen Anwendung. Der Gedanke, auf diese Weise alle Schwierigkeiten mit einem Schlage aus dem Wege zu räumen, wäre „verflucht gescheit“, wenn er nur leider nicht herzlich — unintelligent wäre.

Der Antrag Kardorff hat nämlich neben seinen — in den Augen der Zollmehrheit — unanfechtbar äußerst großen Vorzügen den einen kleinen Fehler: durchaus und offenbar geschäftsordnungswidrig zu sein. Das ist nicht etwa nur von den Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung, sondern auch von Herrn Richter und von dem Präsidenten der württembergischen Abgeordnetenkammer, dem „Hofdemokraten“ Payer, konstatiert worden. Ja, indirekt, aber doch ziemlich deutlich hat auch Graf Ballestrem die Geschäftsordnungswidrigkeit des Kardorffschen Antrages anerkannt, ohne freilich daraus auch die Konsequenz zu ziehen, ihn kurzer Hand zurückzuweisen.

Es ist am Donnerstag weder zu einer Berathung des Antrages selbst gekommen, noch ist die Frage seiner Unzulässigkeit entschieden worden. Die ganze, keineswegs debatte ausgefüllt, die an Heftigkeit und Erregtheit, an Ausbrüchen der Leidenschaft auf allen Seiten der Hauses in Deutschland mindestens bisher nicht ihresgleichen gefunden hat. Unsere Fraktion, welche Singer, Stadthagen, Ulrich, Paus, Sabetum, Bebel ins Feld schickte, setzte, von Richter und Payer nur lau, energischer von Barth, Gothein, Pachnicke und Brömel unterstützt, dem Centrum, dem die Junker im Wesentlichen die Führung ihrer Geschäfte überließen, derart zu, daß es

schließlich müde wurde und gegen 7 Uhr selbst eine Berathung beantragte. Daß Spahn und Pachnicke wieder als juristische Bemannter des Gewaltstreiches auftraten, versteht sich ebenso am Rande, wie, daß Herr v. Kardorff in seiner gewohnten Ungeheuerlichkeit Del nicht auf die Wogen, sondern ins Feuer goß. Neu aber war es, daß ein Mann wie Wasser mann es nicht den Paasches überließ, der Linien das Almosen einer ganzen — Stunde hinzuwerfen, innerhalb deren sie sich über den Antrag Kardorff schlüssig werden sollte!

Am Freitag wird also die Geschäftsordnungsdebatte weitergehen . . .

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübener Volksbote“

Berlin, den 27. November 1902.

24. Sitzung. Mittags 2 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Freiherr v. Thielmann, Möller.

Die zweite Berathung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt.

Herold (Z.) berichtet über die Petitionen zu den Vieh- und Fleischzöllen.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, diejenigen Tarifpositionen, zu denen weder Änderungsanträge noch Vormeldungen vorliegen, als nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen zu erklären.

Das Haus stimmt nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte diesem Antrag zu.

v. Kardorff (Np.) theilt zur Geschäftsordnung mit, daß in ein paar Minuten dem Hause ein Eventualantrag zugehen werde, des Inhalts, im § 1 die En bloc-Nahme des Zolltarifs auszusprechen. (Stürmisches Gelächter links.) Der Antrag ist von den Mitgliedern der Mehrheitsparteien unterzeichnet. Sie selbst (zu den Soz.) haben uns auf diesen Weg gedrängt. (Andauernde Unruhe links.)

Nach einer längeren Pause verliest Präsident Graf Ballestrem den Eventualantrag, der inzwischen eingegangen ist. Dieser Antrag fordert die Annahme der Kommissionsbeschlüsse (mit Ausnahme der Zölle auf landwirthschaftliche Maschinen u. s. w.). Unterzeichnet ist er von den Abgg. v. Kardorff (Np.), Wasser mann (Np.), Sattler (Np.), Dr. Paasche (Np.), Graf Limburg-Sturum (Np.), Spahn (Z.), Spieß (Z.) u. s. w.

Ferner ist ein Antrag Stadthagen eingegangen, durch keine vertragmäßigen Abmachungen die Zölle bei Buchweizen über 2 Mk., bei Hirse über 1 Mk. heraufzusetzen.

Präsident Graf Ballestrem: Der Antrag, den ich zum ersten Male sehe, (hört! hört! links) hat in mir sehr gewichtige Bedenken hervorgerufen, ob er mit § 19 Abs. 2 unserer bisher geltenden Geschäftsordnung vereinbar ist. (Hört! hört! und Zustimmung links.) Da indessen wesentlich die Mehrheit dieses Hauses hinter dem Antrag steht, so würde eine ablehnende Entscheidung meinerseits doch nur die Wirkung haben, sofort angefochten zu werden. (Bewegung.) Ich werde daher zunächst eine Diskussion über die Zulässigkeitsfrage eröffnen und bitte alle Herren, die sich, in welchem Sinne immer, zu der Frage äußern, sich größtmöglicher Sachlichkeit zu befleißigen. (Bravo! rechts, im Zentr. und b. d. Natl.)

Singer (Soz., zur Geschäftsordnung) bittet die Verhandlung über den Antrag Kardorff auszusetzen, bis er gedruckt vorliegt.

v. Kardorff (Np.) stimmt diesem Vorschlag zu.

Dr. Barth (Fp.) beantragt wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit Vertagung der Sitzung auf 24 Stunden.

Richter (Fp.) ist derselben Ansicht. Die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des Antrages ist sehr zweifelhaft. Ein Präzedenzfall liegt nicht vor.

v. Kardorff begreift nicht, wie ein alter Parlamentarier wie Richter soviel Zeit zur Orientirung über einen so wenig komplizierten Antrag, wie den seinen, brauche. (Weiterkeit.)

Bebel (Soz.): Wir wissen, daß die Herren viel Zeit zu Verhandlungen unter sich und mit der Regierung gebraucht haben, um zu diesem angeblich so wenig komplizierten Antrag zu gelangen. Da ist denn doch wirklich zu verlangen, daß den Fraktionen mindestens Zeit zur Berathung gegeben wird. Sie wollen die parlamentarische Guillotine anwenden. Jetzt plötzlich soll die Berathung im Galopp vor sich gehen, nachdem 6 Tage über Zoll-Anträge der Mehrheit und ein Tag über den zwecklosen Antrag Nichter verloren gegangen sind.

Dr. Spahn (Z.): Herr Bebel hat am allerwenigsten die Berechtigung, uns Vorhalte über Zeitverluste zu machen. (Seh. Zust. rechts und im Zentr.) Ich halte eine Pause von 24 Stunden für durchaus überflüssig.

Richter (Fp.): Der Antrag Kardorff ist formell wie sachlich unbegründet. Seine Konsequenzen sind ganz unübersehbar. Wir haben von dem ganzen Antrag bisher keine Ahnung gehabt. Der Antrag nimmt doch selbst gewisse Positionen von den Kommissionsbeschlüssen aus — wie kann man alle anderen Änderungsanträge von vornherein terrorisiren wollen? Ich möchte vorschlagen, daß Abg. v. Kardorff seinen Antrag begründet und dann die Sitzung bis morgen vertagt wird.

Dr. Barth (Fp.): Der Präsident hat selbst Zweifel an der Zulässigkeit des Antrages. Bei den nicht in das Geheimniß eingeweihten Parteien sind diese Zweifel noch größer. Es ist ein Gebot der allereinfachsten parlamentarischen Rücksicht, mindestens Zeit zur Prüfung dieses Antrages zu geben, mit dem man uns überrannt hat.

Wasser mann (Np.): Ich nehme an, daß die Berathung des Antrages mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Es können dabei von allen Seiten Änderungsanträge gestellt werden — ganz entgegen der Befürchtung des Herrn Richter. Heute ist über die Zulässigkeit des Antrages zu beschließen. Ich beantrage Aussetzung der Sitzung auf eine Stunde. (Gelächter links.)

Stadthagen (Soz.): Es ist keine Frage, daß der Antrag der Geschäftsordnung zuwiderläuft. Die Geschäftsordnung aber steht über der Mehrheit. (Sehr gute Zustimmung links.) Sie haben sich, wie es scheint, die ganze Nacht und den ganzen Vormittag hindurch angeeignet, um diesen Antrag zu Stande zu bringen. (Weiterkeit links.) Da müssen Sie doch einen Ausruhetag haben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, entweder die Sitzung zu vertagen oder mit der vorher verkündeten Tagesordnung: Berathung des Tarifgesetzes, fortzufahren. (Bravo! b. d. Soz.)

Singer (Soz.): Es ist bedauerlich, daß Verfassung und Geschäftsordnung keine Handhaben bieten, die Mitglieder, die bei einem Gesetz materiell interessiert sind, von der Beschlussfassung auszuschließen. (Lärm rechts. Stürmische Zustimmung b. d. Soz. Zwischenrufe: Räuber! Taschendiebe! Glocke des Präsidenten.) Ohne dieses materielle Interesse wäre dieser Antrag nie eingebracht worden. (Oh!-Aufe. Bravo! links. Glocke des Präsidenten.) Dieser Antrag ist der Ausfluß des persönlichen Interesses der Herren Gesetzgeber am Tarif. (Erneute Aufe b. d. Soz.: Taschendiebe! Taschendiebe! Aufe rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Sie sind es, die Umsturz machen. Sie machen Revolution, Revolution im reaktionären Interesse. (Lärm und Lachen rechts und in der Mitte. Lebhe Zustimmung links.) Der Antrag gehört zu dem ganzen System, das die Reichen noch reicher, die Armen noch ärmer machen will. (Lärm rechts. Bravo! b. d. Soz.) Dieser Antrag reizt der zollwucherischen Mehrheit die letzte Maske vom Gesicht. (Lärmende Aufe rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!)

Ulrich (Soz.) springt von seinem Sitze empor und ruft in höchster Erregung, oftmals von der Glocke des Präsidenten unterbrochen, mehrmals, zur Mehrheit gewandt: Räuberbande! Wenn der Präsident uns nicht schützt, müssen wir uns selbst schützen! (Aufe rechts: Haus mit dem Kerl! Stürmischer Lärm auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident Graf Ballestrem ruft den Abg. Ulrich drei Male zur Ordnung und fügt beim dritten Male hinzu: „Ich gestehe, daß mir parlamentarisch kein weiteres Mittel zur Verfügung steht. (Allseitiger Lärm. Erneute Aufe rechts: Haus mit dem Kerl! Abg. Ulrich ballt in höchster Erregung die Faust und ruft zur Rechten: Kommt nur her!)“

Singer (fortfahrend): Daß der Herr Präsident, der Mann Ihres Vertrauens, den Antrag v. Kardorff für geschäftsordnungswidrig erklärt, sollte Ihnen doch zu denken geben. In der That verstößt der Antrag gegen den klaren Wortlaut der Geschäftsordnung, welche verlangt, daß über jeden einzelnen Artikel einer Vorlage die Diskussion eröffnet und abgestimmt werden muß. Sie machen sich mit der Angelegenheit lächerlich und die Lächerlichkeit wird noch übertrifft durch die Niedertracht. (Ungeheurer Lärm rechts und im Centrum. Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.) Die Regierung hat sich am Bruch der Geschäftsordnung mitschuldig gemacht; sie hat als Zuträger fungirt (Aufe links: Als Zuhälter! Lärm rechts und im Centrum.) Wenn die Majorität die Minorität niederknüppeln will, so hat diese das Recht, sich zu wehren. Wir haben das Recht, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, um zu verhindern, daß die Gesetzgebung mißbraucht werde durch den Gesetzgeber. (Lärm rechts und im Centrum.) Der gewöhnliche Anstand (Erneute Unruhe bei der Mehrheit) sollte Sie bewegen, unseren Wunsch, eine Vertagung eintreten zu lassen, sofort zu erfüllen. Wenn Herr Spahn meint, unsere Reden hätten der Mehrheit Zeit gegeben, den Antrag vorzubereiten, so hat er das in der heutigen freisinnigen Zeitung“ gelesen. (Lebh. Zurufe b. d. Soziald.: Sehr richtig! Steigbügelhalter!) Aber ich denke, auch der „Frei. Ztg.“ werden durch die heutigen Vorgänge die Augen aufgegangen sein über die Beretheit ihrer bisherigen Taktik. (Sehr gut! b. d. Soziald.) Wir halten übrigens die Zeit, die wir auf unsere Reden verwandt haben, keineswegs für verloren. Wir haben das Land darüber aufgeklärt, daß die Mehrheit nicht einmal gewillt ist, zum Erlaß für den Zolltarif gewisse Verbrauchssteuern aufzuheben. — An dem Präsidenten liegt es jetzt, die Würde des Parlamentes zu wahren, gegenüber dem Gebahren einer heutzutageigen Majorität. (Stürm. anhält. Lärm rechts u. i. Zentr.)

Präs. Graf Ballestrem: Ich rufe Sie zum dritten Male zur Ordnung und würde das Haus darüber entscheiden lassen, ob Ihnen das Wort entzogen werden soll, wenn Sie es sich nicht selbst entzogen hätten. (Gr. Unruhe b. d. Soziald.)

v. Kardorff (Np.): Unser Antrag ist durchaus geschäftsordnungsmäßig zulässig und das einzige Mittel, die Tarifvorlage zu verabschieden. (Lärmende Unterbrechung links. Die nächsten Sätze des Redners gehen in der allgemeinen Unruhe unter.) Man sieht, daß fünfzig Leute lauter schweigen können, als einer redet! (Erneuter Lärm.

Hestige Zwischenrufe namentlich der Abg. Ulrich und Gaudert. Präf. Graf Vallestre, heftig mit der Glocke läutend: Hier müssen Sie ruhig sein! Die Ausführungen des Abg. v. Kardorff bleiben völlig unverändert.

Gothlein (SPg.): Schon vor ein paar Monaten haben mir Mitglieder der Mehrheit gesagt, daß dieser Antrag kommen würde. (Rebh. hört, hört! links.) Das muß konstatirt werden gegenüber der Behauptung, daß dieser Antrag die Folge des Verhaltens der Opposition sei. Ich bin mit Herrn Kardorff durchaus der Meinung, daß es dringend notwendig ist, die Würde des Parlamentarismus hochzuhalten, aber Sie (nach rechts) gefährden die Würde des Parlamentarismus auf das Allergeringste, indem Sie die sachliche Behandlung des Gelegetenworts unmöglich machen. Ich habe der Mehrheit viel zugetraut: einen derartigen Antrag aber denn doch nicht. Wir sind gänzlich außer Stande, in diesem Augenblick über die Zulässigkeit dieses Antrags zu entscheiden; auch der Präsident selbst vermag das nicht. Die Mehrheit sollte nach ihren verschiedenen Vereinfällen doch endlich aufhören, sich selbst Nuthen zu binden. Die Entscheidung wird doch bis morgen herausgeschoben werden, daher sollten die Herren selbst so klug sein, in die Vertagung zu willigen. (Abg. Stadthagen: Die Herren können ja gar nicht klug sein! Gr. Heiter.) Darüber will ich mich hier nicht äußern. (Erneute Heiter.) Ich bedauere ganz gewiß auch meinerseits die Szenen, die hier vorgefallen sind und die der Herr Präsident, nach seinen mahnerischen Worten zu schließen, ja vorausgesehen zu haben scheint; aber Sie selbst haben diese Szenen mit ihrem unerhörten Antrage provoziert! Wollen Sie (nach rechts und zum Centrum) nicht weiter derartige Szenen provozieren, so sorgen Sie, daß die Vertagung bis morgen vertagt wird. (Rebh. Beifall links.)

Bayer (SPg.): Die Szenen, die ich mit dem Herrn Redner bedauere, sind von der Mehrheit provoziert worden, die uns einen geschäftsordnungswidrigen Antrag in geschäftsordnungswidrigen Formen aufzwingen will. (Sehr richtig links.) Die Gründe des Herrn Spahn (Bebel ruft: Reichsgerichtsrath!) waren nicht überzeugend. Die beiden Volksparteien dürfen sich rühmen, streng sachlich vorgegangen zu sein (Nachen b. d. Soz.) und keine Obstruktion getrieben zu haben. Warum sollen wir mit gestraft werden? Der Antrag bedeutet, daß jede Zufallsmehrheit mit der Geschäftsordnung in Zukunft nach Belieben schalten und walten kann. (Sehr gut! links.) Das Centrum sollte früherer Zeiten gedenken, die sich leicht wiederholen möchten, und sich vor dem Spiel mit dem Feuer hüten. Der Vorwurf der Ueberrumpelung kann der Majorität nicht erspart bleiben. Gewiß soll die Minorität die Geschäftsordnung nicht benutzen, sich an die Stelle der Majorität zu setzen; aber auch die Majorität soll die Rechte der Minorität respektieren. Sonst kommen eben derartige Auftritte, wie wir sie eben erlebt haben. Erstaukt bin ich über das Verhalten der nationalliberalen Partei (Bravo! links und Zurufe bei den Soz.), sowie über das Almojen einer Stunde, das uns Herr Wasserhagen zugeworfen hat. Ich, der ich selbst als Präsident der württembergischen Abgeordnetenversammlung die Rechte einer Volkspartei zu wahren habe, kann Ihnen nur zurufen: Wenden Sie nicht in dieser Weise an dem Grundstein Ihrer eigenen Existenz. Ich appellire an Ihre Loyalität. (Bravo! links.)

Brömel (SPg.): Die Bedeutung des Vorgehens der Majorität reicht weit hinaus über die Tagesvorlage. Wir haben hier nichts anderes vor uns, als den Versuch, die Minorität von der Theilnahme an der Diskussion auszuschließen. (Stürm. Bravo! links.) Der Antrag bedeutet einen Bruch der Geschäftsordnung und der Verfassung dem Buchstaben wie dem Geiste nach. (Erneute stürmische Zustimmung links.)

Stadthagen (SPg.) wird mit lärmiger Annäherung der Mehrheit empfangen. Die ersten Sätze gehen daher verloren. Bei den Worten: „Die Herren, die sich gewohnheitsmäßig im Restaurant aufhalten“, wird der Redner vom Präsidenten Graf Vallestre unterbrochen, der unter großer Heiterkeit bemerkt: Auch Ihre Freunde halten sich zeitweilig im Restaurant auf. Stadthagen fährt fort: Der Antrag Kardorff bedeutet einen unverhüllten Bruch der Geschäftsordnung. Die Behauptung des Antragstellers, im vaterländischen Interesse gehandelt zu haben, schließt eine unqualifizirbare Beschimpfung der Minorität in sich. (Rebh. Zustimmung links, Lärm rechts.) Das Vorgehen der Mehrheit ist gemein. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Erneute heftige Szenen. Präf. Graf Vallestre bittet sachlich zu verhandeln. Abg. Fischer-Berlin ruft erregt: Sachlich den Hals umdrehen! Stadthagen fährt fort: Der Präsident hätte den Abg. v. Kardorff wegen Beleidigung der Mehrheit zur Ordnung rufen müssen. Immer war die Reaktion mit dem Vorwande bei der Hand, im Interesse des Vaterlandes und der Freiheit zu handeln. Wenn die Windhorst, Majunka u. s. w. heute leben würden, so würden sie sich mit Abhängen vom Centrum abwenden. (Lärm im Centrum.) Wir sind immer sachlich gewesen. Sie können uns nicht Unschicklichkeit vorwerfen, denn Sie haben bei unseren Reden nie zugehört. (Sehr gut! bei den Soz.) Meine Parteifreunde sind Reiz von der Ansicht ausgegangen, daß es angebracht ist, von der Dummheit gehat und der Gemeinheit befreit zu werden. (Gr. Unruhe rechts.) Herr Bayer hat sich darüber gemundert, daß die Nationalliberalen diesen Antrag wünscheten! Aber die Nationalliberalen sind doch nicht weiter mehr als die Hörsen des Centrum! (Große Unruhe bei den Nationallib.) Sie thun alles, was die Herren vom Centrum ihnen diktiren. Welche Handlung gegenüber den Zeiten des Kulturkampfes! Wir werden es mit allen Mitteln verhindern, daß ein derartiger Geschäftsordnungsbruch sanktionirt werde! Ueber die Lärm der Mehrheit hat sich ja Herr Reith, der bei dieser Gelegenheit im „Tag“ seine schriftstellerische Befähigung erweist hat. (Heiterkeit), ausgeprochen. In Rücksicht stellt für Sie dieser Antrag einen Sorg dar, in dem Sie hoffen, die Minderheit begnadigen zu können. (Gr. Unruhe rechts und i. Centrum.) Aber wir stehen auf und wehe Ihnen, wenn Ihnen dann die Vertreter dieses Organs an den Kopf fliegen. Ich habe ja zu Ihren Schanden viel Verworfen, aber für so das habe ich sie doch nicht, daß sie das anstehen können. (Stürm. Heiterkeit links.)

Dr. Sadelmann (SPg.): Wir stehen hier als Vertreter des Proletariats, das Herr v. Kardorff neulich als „Proletariats-Gesandte“ bezeichnet. Der Antrag ist eine Provokation genannt worden. Es geht in der That agents provocateurs, die nichts schändlicher wünschen, als daß bei der ersten Gelegenheit die Geschäftsordnung und das Wahlrecht hinfällig ginge. Ein solcher Versuch würde nur die Revolution zur Folge haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ihr Ziel erreichen Sie nicht. Und wenn Sie hier sitzen, bis das dritte Tausend Kohlenstücke verbrannt ist, wir halten aus, vertragen Sie sich nur mit Schlafopfer. (Heiterkeit.) Im besten wäre es freilich, Sie vertrieben die Sitzung. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Spahn (Z): Unser Antrag ist nicht geschäfts-

ordnungswidrig. Es handelt sich hier um eine Auslegung der Geschäftsordnung, und da hat die Mehrheit das Recht, eine Entscheidung zu treffen. (Gr. Unruhe links.) Herr Stadthagen hat Recht, daß der Präsident bereits die Debatte über Postion 5 eröffnet hat, aber darauf bezieht sich auch unser Antrag. Den Antrag Stadthagen halte ich für geschäftsordnungsmäßig unzulässig. (Widerpruch bei den Soz.)

(Fortsetzung in der Beilage.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Kreuzzug gegen Venezuela in Sicht. Die „Kiel. Ztg.“ meldet: Das Reichs-Marineamt ertheilt telegraphisch den Befehl, daß die drei Kreuzer „Amazona“, „Ariadne“ und „Niobe“ sofort kriegsmäßig für Venezuela ausgerüstet werden. Die nötigen Befehle für Abgabe der erforderlichen Ausrüstungen sind Mittwoch Abend bereits ergangen. Mitte nächster Woche dürften die Schiffe abgangsfähig sein. — Die schon im Dezember v. J. angekündigte Flottendemonstration gegen Venezuela soll also nunmehr wirklich zur Ausführung gelangen. Bekanntlich handelt es sich bei dem Konflikt um die Eintreibung von Summen, die die venezolanische Regierung deutschen Eisenbahnaktionären schuldet, also um einen Gerichtsvollziehdienst der deutschen Regierung. Venezuela hat offenbar infolge der kriegerischen Wirren, die das Land nun bereits seit Jahren verheeren, seinen Verpflichtungen nicht nachkommen können. Im Dezember vorigen Jahres hatte die politische Krisis des Landes ihren Höhepunkt erreicht, die Regierung Castros befand sich in der denkbar beängstigtesten Lage. Ein Vorgehen Deutschlands wäre gleichbedeutend mit einer Parteinahme für die liberale Insurrektion gegen das „liberale“ Regiment Castros gewesen. Daß eine solche indirekte Unterstützung der liberalen Partei nicht im Interesse der Entwicklung des Landes gelegen und eine Garantie für Schaffung geordneter Zustände geboten hätte, liegt auf der Hand. Gleichwohl deutet alles darauf hin, daß nicht derartige vernünftige Erwägungen die deutsche Regierung damals von einer Aktion abgehalten haben, sondern die zu respektvoller Reservirtheit nöthigende Haltung Amerikas. Nunmehr hat abermals eine Sondirung bei der amerikanischen Regierung stattgefunden, auf die die Antwort eingegangen sein soll, daß Amerika einem Vorgehen nichts in die Wege legen wolle, vorausgesetzt, daß durch keinerlei Annektion die Monroe-Doktrin verletzt werde. Daraufhin will nun Deutschland losdemonstrieren. Denn um mehr als eine dekorative Demonstration kann es sich ja nicht handeln. Im günstigsten Fall wird nur Venezuela durch einen Pump die paar Millionen, die es den deutschen Banken schuldet, ausbringen, die deutschen Steuerzahler werden dafür die Kosten der Exekution, die sich auf mindestens Hunderttausende belaufen werden, zu bezahlen haben. Ob man sich nicht besser noch ein paar Monate geduldet hätte, um dem erschöpften Lande die Regelung der Verpflichtungen, die es bisher nicht aufbringen konnte, zu ermöglichen? Man hätte dann freilich eine schöne Gelegenheit verpaßt, das Prestige des deutschen Dreizecks zu behnden.

Der Zolltariffuhhandel. Die ultramontane „Germania“ meldet, die Hauptpunkte der perfekt gewordenen Verhandlung über die Zolltariffvorlage seien folgende: Der Mindestzoll für Braugerste soll auf 4 Mark erhöht werden, auf Mindestzölle für Vieh und Fleisch ist unter noch mitzutheilenden Klauseln verzichtet, gewisse Subsidien sollen herabgesetzt werden, und den Zentrumsanträgen, die Mehrerträge aus den Nahrungsmittelzöllen für die Wittwen- und Waisenversicherung zu verwenden sowie betreffend die Aufhebung der städtischen Oktrois sei zugestimmt. Ueberdies komme hauptsächlich in Betracht, daß die von der Vollkommission beschlossenen Erhöhungen bei dem demnachstigen Generaltarif als Grundlage dienen.

Vom deutsch-polnischen Kriegsschauplatz. Die Gnesener Strafkammer als Berufungsinstanz sprach eine Anzahl polnischer Kaufleute in Rogosino, die Strafmandate von 10 bis 30 Mark erhalten hatten, weil sie auf ihren Firmmentafeln ihre Vornamen in polnischer Schreibweise angebracht hatten, von Strafe und Kosten frei.

Rußland.

Politische Verfolgungen in Rußland. Man schreibt der „W. Arb.-Ztg.“ aus Rußland: Unter den in diesem Frühjahr von der Polizei als verdächtig erklärten Gelehrten Petersburgs befand sich auch der Historiker und Publizist Professor Miljutow, dessen Arbeiten auf dem Gebiet der russischen Kulturgeschichte allgemeines Interesse hervorgerufen haben. Im Monat Februar wurde im Hause Miljutows eine Durchsuchung vorgenommen und, obgleich man nichts fand, setzte man Miljutow hinter Schloß und Riegel. Erst nach 4 1/2 Monaten kam er frei, doch das Genüge der Regierung noch nicht. Sie will herausgefunden haben, daß der Gelehrte zwei bis drei Abende bei den Studirenden verbracht habe, und dieses Verbrechen hat dem Gelehrten jetzt sechs Monate Zellenhaft eingetragen, die er auf den Befehl Nikolans II. am 2. d. M. hat antreten müssen. — In dem Charkower Prozeß gegen die rebellirenden Banern verließen, wie seinerzeit berichtet worden ist, die verteidigenden Anwälte dem Ansprache den Gerichtssaal, da sie die Ueberzeugung gewonnen, daß sie bloß Dekorationsfiguren sein sollten. Der Vorsitzende des Gerichtes hatte gleich nachdem den Justizminister befragt, ob er die Angelegenheit nicht der Korporation der Anwälte übergeben sollte. Das hat aber der Justizminister in der Befragung, die Anwälte konnten mit einer Erklärung, die die Spitze gegen die Regierung lehrt, freigesprochen werden, nicht zugelassen. Da der Vorfall politischer Natur sei, so wüßte darüber dem Minister des Innern, B. Lehwe, Bericht erstattet werden, und so kann es kommen, daß die Anwälte bald ebenfalls auf die Sündenbank der Staatsverbrecher kommen.

Schweiz.

Der Genfer Dienstverweigerungs-Prozeß. Am Montag begannen die Verhandlungen des Kriegsgerichts in Sachen der Dienstverweigerung der 17 Soldaten, welche während des großen Streiks nicht marschiren wollten. Oberst Lehmann, der frühere Präsident der Eidgenossenschaft, leitet die Verhandlungen. Nach Eröffnung der Audienz wurden

die Angeklagten verhaftet. Der erste Angeklagte antwortete auf die Schulfrage, er habe sich nicht gestellt, weil ihm kein Gewissen nicht erlaubt, die Waffen gegen die Brüder zu ergreifen. Oberrichter Sachenal bemerkte dagegen, das Militär sei nicht gegen die Streikenden aufgeboten worden, sondern gegen die Ruheörer. (1) Hauptmann Lehmann als Staatsanwalt verlangte die Verstrafung aller Schuldigen, weil es Pflicht eines Schweizer Soldaten ist, der Ordre seiner Regierung zu gehorchen. Das Urtheil lautete gegen den ersten Angeklagten Wäh auf zwei Monate Gefängniß und ein Jahr Einstellung der Bürgerrechte. Vermuthlich werden die ferneren Urtheile ähnlich ausfallen. Der Prozeß ist nicht nur wegen seiner Vorgesichte interessant, sondern auch durch die Nebenumstände, durch die man es fertig brachte, aus der Zahl von 321 Mann, die den Dienst verweigert hatten, schließlich nur ganze 17 Mann vor das Tribunal zu bringen. Sämmtliche Dienstweigerer wagte man aus begreiflichen Gründen nicht unter Anklage zu stellen, man sichte deshalb die Dienstweigerer verschiedene Male, um schließlich eine Handvoll aufs Gerathewohl Ausgewählter militärischen Klassenjustiz zum Opfer zu bringen. Gegen 196 Mann wurde zunächst das Verfahren eingeleitet, welche „genügende Entschuldigungen“ vorgebracht hätten. Von den übrigen 125 Mann wurden 108 zwar als strafbar angesehen, aber doch nicht in dem Maße, daß eine Anklage gerechtfertigt gewesen wäre. Man beschränkte sich also darauf, an den übriggebliebenen Siebzehn ein Exempel zu statuiren. Vor allen übrigen hat man es auf den Genossen Sigg abgesehen, der zum zweitenmal wegen Dienstverweigerung zur Anklage steht. Unsere Genfer Genossen wird jedoch das militärisch-kapitalistische Strafgericht nicht abhalten, in Zukunft noch energischer die Arbeiterinteressen gegenüber dem solidarischen kapitalistischen Klängel zu vertechten.

Frankreich.

Achtstundentag. Kriegsminister Andre erklärte einer Abordnung der Arsenalarbeiter, daß er Anhänger des Achtstundentages sei und gegenwärtig die Frage prüfe, wie der Achtstundentag in den der Kriegsverwaltung unterstellten Betrieben eingeführt werden könne.

Unruhen auf Martinique. Privatbriefe, die von der Antilleninsel Martinique eingetroffen sind, berichten, daß unter den Negern daselbst große Gährung herrscht. Der Gouverneur Demaire wage nicht, sich auch nur auf kurze Zeit in das Innere der Insel zu begeben, aus Besorgniß, seine Abreise könnte das Signal zur Uebermüthung der Weißen bilden. Man könne von den Schwarzen ohnehören: „Der Vulkan hat uns von einem Theil der Franzosen befreit, wir werden den Uebrigen den Rest geben.“

Belgien.

Das Attentat Rubino's. Je ruhiger die öffentliche Meinung über das Attentat Rubino's wird, um so mehr häufen sich, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Brüssel geschrieben wird, die Verdachtsgründe, welche dafür sprechen, daß es sich um ein von durchaus nicht anarchistischer Seite vorbereitetes Scheinattentat handelt. Man höre nur die in den Couloirs des Justizpalastes herrschenden Ansichten, wie sie der „Petit Bleu“ dieser Tage wiedergab. Rubino wußte, daß in dem Wagen, auf den er schöß, der König nicht ist. Andererseits gesteht er, daß er die Absicht gehabt habe, den König zu erschließen. Warum hat er es dann nicht am Eingang der Kirche gethan, wo er ganz nahe beim König gestanden hätte? Ist das nicht schon sehr verdächtig? Man schießt er auf den Grafen d'Autremont, den zu tödten, wie er selbst gesteht, nicht in seinen Plänen gelegen hatte. Es scheint bereits jetzt festzustellen, daß Rubino, da seine Kugel faktisch den Monarchen nicht erreichen konnte, nur wegen einfachen Mordversuchs ohne Resultat verfolgt werden und mit einigen Jahren Gefängniß davonkommen wird, für die er sehr wohl hernach entschädigt werden könnte. Maître Royer, der bekannte sozialistische Advokat, der auch den jungen Sibido erfolgreich verteidigt hatte, hat nach einer mehrstündigen Unterredung mit Rubino dessen Verttheidigung abgelehnt. Die Berufsvollst. schließt ihm den Mund, doch verlaute, daß er zu der Ueberzeugung gekommen sei, er habe es mit einem Spitzel zu thun. Schließlich bleibt er ermägen, daß selbst die Anarchisten den Attentäter nicht als einen Märtyrer, sondern als einen Verräther und Lumpen behandeln. Unter diesen Umständen könnte der im nächsten Monat bevorstehende Prozeß Rubino interessante Ueberrassungen bringen.

Türkei.

Arbeiterdemonstration. Gegen hundert Arbeiter der kaiserlichen Mahjousse-Dampfschiff-Gesellschaft wollten Mittwoch, wie man der „Ziff. Ztg.“ aus Konstantinopel schreibt, nach dem Palaste ziehen, um wegen rückständigen Solbes, der seit längerer Zeit nicht bezahlt worden ist, zu demonstrieren. Die Polizei hielt die Demonstranten unterwegs auf und ihre Anführer wurden verhaftet. Zwei Linien der Mahjousse-Gesellschaft werden seit dem Frühjahr durch die Anatolischen Bahnen vermarktet, und die Leute dieser Linien werden regelmäßig besoldet. Das scheint bei den anderen Arbeitern Erregung hervorgerufen zu haben.

An die Parteigenossen und Wähler!

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl hat sich konstituir und besteht aus den Genossen B. Effinger, Vorsitzender, B. Bape, stellvertretender Vorsitzender, Adolf Ehlers, Kassirer, J. Stelling, Schriftführer und G. Ehlers, Beisitzer.

Alle Anfragen, Zuschriften, Sendungen usw. sind zu richten an B. Effinger, Lübeck, Johannisstraße 50.

Das Wahlkomitee.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 28. November 1902

Wozu man in unserer Vaterstadt trotz des kalten Geld übrig hat. Bei jeder passenden Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß wir uns in einer großen Finanzlemme befinden und deshalb sparen müssen. Da es dem interessant, einmal die einzelnen Positionen der am Montag nachbewilligten Summe von 150 000 Mark

etwas genauer anzusehen. Wir finden da u. A.: An den Vorstand des Rennflubs zur Ausfertigung eines Preises für die diesjährigen Bierbrerinnen 1500 Mk.; zur Herstellung eines Weinlagers für den Rathswinkel 5000 Mk.; zur Herstellung einer Kühlenanlage im Rathswinkel 1600 Mk.; Erhöhung des Honorars der Senatsmitglieder der 22 000 Mk. Insgesamt sind also in dieser nachbewilligten Summe 30 100 Mk. enthalten, welche man mit Rücksicht auf die Finanzlage unserer Meinung nach sehr gut hätte sparen können. Die Bewilligung der ersten 1500 Mark hätte sehr gut unterbleiben können, da das Geld der Steuerzahler für derartige Zwecke nicht da ist. Dasselbe gilt auch bei den 6600 Mk. zur Verbesserung des Rathswinkels. Wollen die Stammgäste desselben Verbesserungen haben, dann mögen sie solche auf ihre Kosten machen lassen. Hinsichtlich der Erhöhung der Senatsgehälter ist unser Standpunkt ja genügend bekannt. In allen drei Sachen sind, das möge festgestellt werden, aus den Taschen der Steuerzahler Gelder bewilligt worden, mit deren Verwendung der größte Theil der Bevölkerung nicht einverstanden ist. Dieser Theil aber ist rechtlos gemacht, er muß Steuern zahlen und hat im Uebrigen „nix tau seggen“!

Bürgerliche Quacksalberei. Seit einer Reihe von Jahren besteht in unserer Vaterstadt ein Verein zur Unterstützung armer Reisender und zur Beförderung der Hausbettelei. Daß jedoch das Bestreben des Vereins, weitere Kreise für seine Zwecke zu begeistern, nur in ganz geringem Umfange von Erfolg gekrönt worden ist, beweist, daß in unserer Bevölkerung keine Sympathie für derartige Bestrebungen vorhanden ist. Deshalb hat der Verein sich verschiedentlich an den Senat mit der Bitte um Unterstützung aus Staatsmitteln gewandt. Dieser Bitte ist denn auch während der Winterhalbjahre 1895/96 und 1898/99 insofern entsprochen worden, als dem Verein während dieser Zeit monatlich 100 Mark bewilligt worden sind. In diesem Jahre ist er nun abermals an den Senat mit einer gleichen Bitte herantretend und dieser hat sich im Einverständnis mit dem Bürgerausschuß bereit erklärt, zum letzten Male abermals 600 Mk. für das laufende Winterhalbjahr herauszugeben. Interessant ist der im Senatsdekret zur Begründung dieser Zuwendung angeführte Umstand, daß der Senat glaubt, die Einstellung der Vereinsmitglieder bei den jetzigen Verhältnissen einstweilen noch abzuwenden zu müssen. Damit hat der Senat anerkannt, daß die jetzigen Verhältnisse außerordentlich schlechte sind, die ein, wenn auch nur minimales, Eingreifen des Staates erforderlich machen. Hiernach ist also berechtigte Aussicht vorhanden, daß man sich von Senatswegen nicht, wie im Vorjahre, auf den Standpunkt stellt: „Ein besonderer Nothstand besteht nicht!“ — Hinsichtlich der Bewilligung sind wir der Meinung, daß der Senat besser gethan hätte, wenn er für Arbeitsgelegenheit Sorge tragen würde, damit die armen arbeitslosen Leute nicht durch Hunger zum Betteln gezwungen werden. Mit Quacksalbereien kann man der Noth und dem Elend nicht steuern!

Mit der Errichtung eines neuen Kirchhofes in St. Lorenz hatte sich die letzte Sitzung des Bürgerausschusses beschäftigt. Bekanntlich war seitens des Senates im Vorjahre beabsichtigt worden, die an der Schönböcker Straße belegenen, 8 ha 63 a 87 qm großen Stellen des Erbpächters Benthien und des Kunstgärtners Paulig zu Kirchhofszwecken anzukaufen. Der Bürgerausschuß hat sich jedoch mit Rücksicht auf den beschränkten Platz und die hohen Anlagekosten dagegen erklärt. Es konnten jetzt nur noch 2 Plätze in Betracht kommen und zwar die an Worwerker Weg belegenen, nach dem Landgraben hin abfallenden und dem Staate gehörigen Koppeln oder die Unterermann'sche Erbpächterstelle in Krempeisdorf. Bei Letzterer kam lediglich die ca. 16 1/2 ha große Hofkoppel, welche für 150 000 Mk. käuflich ist, in Betracht. Die Gutsheerrhaft von Krempeisdorf hat jedoch erklärt, daß sie die Einwilligung zur Abtrennung der Hofkoppel von der Erbpächterstelle verweigern werde. Da hierdurch der Kostenpunkt sich erheblich erhöhen würde, hat der Senat von dieser Stelle Abstand genommen. Es konnten jetzt also nur noch die Koppeln am Worwerker Weg in Frage kommen. Dieselben haben einen Flächeninhalt von 21 ha 1 a 39 qm und bieten nach Abzug der Wege, Anlagen und Gebäude Platz für etwa 36 000 Gräber. Nach dem Antrage der Kirchhofsbehörde sollen zwar die erforderlichen Gebäude, eine Kapelle, eine Leichenhalle, ein Aufseherhaus mit Stall, ein Arbeiterfahnen mit zwei Wohnungen, ein Arbeiterklub und ein Stall sofort zur Ausführung gebracht, im Uebrigen aber der Kirchhof zunächst nur zu etwa einem Viertel angelegt und in Benutzung genommen werden. Die Zuwegung soll zunächst nur durch Umwandlung eines vorhandenen, von der Fackenburg Allee abzweigenden Feldweges in eine Grandchausee beschafft werden. Der vorerst zur Ausführung zu bringende Theil würde incl. Baukosten, Beleuchtung, Entwässerung und Zuwegung einen Aufwand von 243 450 Mark, außer dem auf 94 560 Mark festgesetzten Kaufpreis der Koppeln erfordern. Da diese Kosten der Kirchhofsbehörde zu hoch erscheinen, hat dieselbe es abgelehnt, die Mitzenheimung der Synode zur Uebernahme der Garantie für die durch Anleihe zu beschaffende Summe zu beantragen. Aus diesem Grunde ist man der Frage auf Verstaatlichung des gesammten Begräbniswesens unter Entschädigung der Kirchengemeinden für den Ausfall ihrer bisher daraus gezogenen Einnahmen näher getreten. Der Senat hat sich erfreulicherweise im Prinzip hiermit einverstanden erklärt. Damit ist der erste Schritt nach dieser Richtung hin gethan; die weiteren Schritte sollen von einer gemeinsamen Kommission des Senates und der Bürgerchaft berathen werden. Im Uebrigen aber beantragte der Senat den Ankauf der am Worwerker Wege belegenen Koppeln zwecks Anlage eines neuen Kirchhofes, der zum Beginn des Jahres 1904 in Benutzung genommen werden soll. Die Verwaltung des neuen Kirchhofes soll zunächst bis auf Weiteres von der Kirchhofsbehörde für Rechnung der Stadtgemeinde geführt werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich hiermit, sowie mit der Einsetzung der Kommission einverstanden und empfahl die Anträge der Bürgerchaft zur Mitzenheimung. — Wir können es nur mit Freuden begrüßen, daß man sich endlich zu der Verstaatlichung des Begräbniswesens aufgerafft hat. Diese Forderung ist unsererseits bekanntlich schon seit Jahren erhoben worden.

Arbeiterrisiko. Gestern Vormittag 8 1/2 Uhr verunglückte der auf der Koch'schen Schiffswerft beschäftigte Arbeiter Macken dadurch, daß ihm ein Bodenstück auf den Fuß fiel. Der Verunglückte wurde mittelst Drohke in seine Wohnung befördert, wo er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen muß.

Im Gewerbegericht standen gestern vier Klagesachen zur Verhandlung; zwei davon waren jedoch vorher zurückgezogen worden. Auf Zahlung seines rückständigen Lohns im Betrage von 33,80 Mk. klagte der Monteur D. gegen

den Inhaber der Fabrik für zentrale Heizungsanlagen Schw. Kläger war bis zu seinem Entlassungstage, dem 12. d. Mts., als Monteur in Kütshau thätig; am genannten Tage war der Beklagte in Kütshau anwesend und bezahlte dem Kläger auf seine Lohnforderung im Gesamtbetrage von 83,80 Mk. à Cto. 50 Mk. mit dem Verprechen, den Rest nach Abzug von Kranken- und Invalidengeld an die Adresse des Klägers in Hamburg senden zu wollen. Nachdem Kläger den Beklagten bereits einmal von Hamburg aus schriftlich um Zahlung ersucht hatte, mahnte er ihn am 18. abermals und drohte eventl. mit Klage. Trotzdem bezahlte Beklagter nicht, weshalb die Klage eingereicht wurde. Im Termin erklärte Beklagter sich zur Zahlung von 32,22 Mk. bereit, hinsichtlich des Restes erhob er Gegenforderungen. Schließlich einigten sich die Parteien auf Zahlung von 34,72 Mk. — Die zweite Klage der Zimmerer S. und K. gegen den Bauunternehmer mußte abermals vertagt werden, da Beklagter nicht erschienen war.

Öffentliche Bücher- und Lesehalle (Mengstraße 10.) In der Lesehalle sind seit dem 1. Oktober wiederum zahlreiche werthvolle Zeitschrift-Nummern ausgelegt. Um nur einige hervorzuheben: „Die Soziale Praxis“, die als Materialsammlung in allen sozialen Angelegenheiten von hervorragendem Werthe ist, die von Prof. Langhans herausgegebene neue Zeitschrift: „Die deutsche Erde“, das wissenschaftliche Organ der fortschrittlichen Richtung in der Sozialdemokratie, die „Sozialistischen Monatshefte“, und die „Christliche Welt“. Ferner sind hinzugekommen „Der deutsche Guttempler“ und die „Deutsche Krankenkassenzeitung“. Schon aus dieser Uebersicht erhellt, wie in der Lesehalle alle Richtungen des modernen Geisteslebens in gleicher Weise vertreten sind. Von den Neuerscheinungen der Bücherhalle sind in erster Stelle 100 Bände der „Deutschen Rundschau“ (herausgegeben von Rodenberg) zu nennen, die ein Freund der Bücherhalle dankenswerther Weise geschenkt hat. Ferner ist der Bücherbestand um folgende Werke vermehrt: Otto Ludwigs Werke in 6 Bänden, Neumayr's mit zahlreichen vorzüglichen Abbildungen ausgestattete Erdgeschichte, eines der hervorragenden naturwissenschaftlichen Werke unserer Zeit, Lichtwark's Uebungen in der Betrachtung von Kunstwerken, ein Buch, das niemand ohne Freude und ohne reichen Gewinn lesen wird, Otto Ernst: Ein frohes Farbenspiel (ein Buch, dem besonders Hofegger warme Anerkennung gewidmet hat), Meer: Der König der Bermuda, ein herzerfrischender Roman aus dem schweizerischen Hochgebirge, Allmers' Märchenbuch, ferner Schriften von Spielhagen, Ida von Ed., Rossegger, M. Tmain, mehrere Jahrgänge des Kunstwart's, der dekorativen Kunst, von Kunst und Handwerk, des Kunstgewerbeblatts, der Neuen deutschen Rundschau, der Deutschen Revue, der „Zeit“, von Bühne und Welt, Globus, Prometheus, Ueber Land und Meer, Gartenlaube, Neue Welt, Westermann's Monatshefte, etc. etc. — Hinsichtlich dieser Streben der Bücherhalle, allen Bevölkerungsschichten Gelegenheit zu wissenschaftlicher Belehrung und schön geistiger Unterhaltung zu bieten, seine Anerkennung nicht nur in stetig wachsenden Ausleiheziffern, sondern auch durch Ueberweisung von Büchern, durch außerordentliche Beiträge und durch Anmeldungen neuer Mitglieder. Ohne eine sichere materielle Grundlage können auch die idealsten Bestrebungen nicht gedeihen.

Die Anstärkungsarbeiten auf der Bremerischen Brandstätte schreiten rüstig vorwärts. Man reißt die immer noch dampfenden Lumpenballen auseinander und verladet sie dann in Schuten. Die Feuerwehr ist noch immer Tag und Nacht thätig. Zwecks Aufrechterhaltung des Fuhrverkehrs ist in der Catharinentraße eine hölzerne Brücke gebaut worden, auf der die Schläuche ruhen. Die Fuhrwerke können unter dieser Brücke bequem hindurchfahren.

Ein Schiffbrand entstand gestern Nachmittag jedenfalls durch Brandstiftung von Knaben auf der Wafenig. Der starke Qualm ließ bei manchen Stadtbewohnern die Meinung aufkommen, die Möbelfabrik von Heg u. Kreyman in der Falkenstraße sei in Brand gerathen.

Auf dem Pachtthofe Moisling sind mehrere, 2735,88 Mark Kosten verursachende Veränderungen hinsichtlich der Dungsgrube und des Bierdeitales erforderlich. Der Senat beantragte in der letzten Bürgerausschusssitzung die Bewilligung dieser Summe mit der Maßgabe, daß der Erbpächter Guhl die ihm gehörenden, zu 1050 Mk. geschätzten Baulichkeiten auf dem Hofe unentgeltlich an das Finanzdepartement abtritt. Der Bürgerausschuß erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Sonnabend geht der „Freischütz“ als 9. Schüler- und Volksvorstellung in Szene. Sonntag Nachmittag findet als Fremden-Vorstellung eine Aufführung der neuen Operette „Brigitte“ mit Fräulein Amelie Stöger vom Carl Schulte-Theater in Hamburg als Gast statt. Abends 7 1/2 Uhr gelangt „Al-Heidelberg“ zur Darstellung. Die Direktion kommt hiermit den vielseitigen Wünschen um eine nochmalige Aufführung des Werkes an einem Sonntag nach, indem sie gleichzeitig erwähnt, daß eine weitere Aufführung des Werkes im Wilhelm-Theater nicht mehr möglich ist.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ein Viehhändler erstattete Anzeige gegen seinen Arbeiter wegen Unterschlagung von 165 Mk. — Aus einem Hause der Schwartauer Allee wurde am 19. d. M. eine graue Pelzboa im Werthe von 18 Mk. gestohlen. — Auf frischer That ertappt wurde von einem auf Posten befindlichen Schutzmann am Mittwoch Abend gegen 11 Uhr ein aus Hamburg zugereister Schiffsheizer, wie er den Versuch machte, einen an einem Geschäftshause der Breitenstraße angebrachten Schaufelkasten mittelst seines Taschenmessers zu öffnen, um aus demselben sich rechtswidrig Handschuhe anzueignen.

Entin. Die Arbeiterkrankenkasse beschloß in ihrer letzten Generalversammlung die Einführung der freien Arztwahl. Bisher waren die Mitglieder an einen Kassenarzt gebunden. Mit dem Nertzen ist ein Vertrag zu Stande gekommen, nach welchem diese die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder gegen eine feste jährliche Vergütung von 3 Mk. für das Mitglied übernehmen. Hand in Hand mit diesem Beschluß ist eine Erhöhung der Beiträge um 2/4 Pf. wöchentlich gegangen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Bürgervertretung in Kojock lehnte einen Antrag des Gewerkschaftsartells, bei städtischen Bauten nur heimische Arbeiter zu beschäftigen, ab. Damit ist die Verstaatlichung der Herren in sozialpolitischen Fragen treffend illustriert.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Große Besorgniß herricht in Hamburg über das Schicksal der am 2. Februar nach Plymouth abgegangenen Schonerbrücke „Helene“. Man befürchtet, daß das Schiff mit seiner aus 6 Personen bestehenden Besatzung untergegangen ist. — Der Gefangenauflöser Wulf zu Altona wurde wegen Mißhandlung eines Gefangenen im Gerichtsgewäch, wozu er sich des Schlüsselbundes bedient hatte, zu 75 Mk.

Geldstrafe verurtheilt. — Mittwoch Nacht entstand in Lägerdorf in einem von vier Arbeiterfamilien bewohnten Hause Feuer, das Haus wurde eingeeicht. Der Schaden ist bedeutend. Der Feuerwehrgang es, andere bedrohte Häuser zu retten. — Der Mühlenbesitzer C. Mohr in Oldenburg (Holstein) fiel Dienstag so unglücklich von seinem mit Futterstoffen beladenen Wagen, daß unter dieäder kam und überfahren wurde. Die Verletzungen sind so schwer, daß seine Wiederherstellung fraglich ist. Ein auf Aufhebung der Freizügigkeit gestellter Antrag des Konditor's Herrgog aus Würzburg wurde vom Landtag in Malchin abgelehnt. Der Antragsteller ist ohne Frage 100 Jahre zu spät geboren worden. — Aus der mecklenburgischen Landesstrafanstalt Dreieberg wurden entwichen Dienstag Abend gegen 6 1/2 Uhr die beiden wegen schweren Einbruchs zu 8 resp. 15 Jahren Zuchthaus verurtheilten Sträflinge Löpel und Winkel. Sie waren beide als Maurer bei den umfangreichen Durch- und Neubauten der Anstalt thätig, ließen sich an Stricken vom Bau heruntersetzen und brachen an die Umfassungsmauern der Anstalt und entkamen. Am Mittwoch wurden die beiden Ausbrecher jedoch schon wieder in der Nähe von Benzin ergriffen. — Nach der amtlichen Abschätzung beträgt die Entschädigungssumme, welche für den Brand in der Malchinstraße in Stavenhagen zu zahlen ist, 50 640 Mark. — Die Strafammer in Neustrelitz verurtheilte den Polizeidiener Stallenbach in Strelitz, der einen arretirten Lehnritzer, sowie dessen Freund ohne Veranlassung ins Gesicht geschlagen und später den Freund als „Lauferlinge“ bezeichnet hatte, zu 50 Mk. Geldstrafe (!). Der Bruder des Polizeidiener's K., ein Schlachter, der Ersteren beim Schlagen unterließ, und später den Freund des Arretirten mit einem Stock mißhandelt hatte, erhielt 2 Monate eine Woche Gefängniß. Es ist bezeichnend, daß das Gericht die Ausschreitungen der Zivilpersonen schwerer bestraft, wie die Prügeleien, die ein Polizeibeamter — die Worte sind klaffend — in Ausübung seines Amtes „begeht“. — Das Stationsgebäude zu Witten, Station der Bahn Wittmund-Murich-Deer, ist abgebrannt. Ein vierjähriges Mädchen ist bei dem Brande umgekommen.

Kiel. Öffentliche Verhöhrung der Gesetze. Auf Einladung der Burschenschaft „Teutonia“ fand fürlich eine gut besuchte Versammlung der Satisfaktion gebenden Studentenschaft statt, in welcher über die Pistolenduelle in der Studentenschaft verhandelt wurde. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der die Kieler Studentenschaft sich für die Abmurrerei mittels der blanken Waffe, des Säbels, ausspricht, und beschloß, diese Resolution dem Kriegsminister und dem Generalinspektor der Marine zu übermitteln, damit sie den Offizieren davon Kenntniß geben. Mit Recht weist unser Kieler Parteioorgan in längerer Ausführungen darauf hin, daß hier in vollster Öffentlichkeit unter den Augen der Polizeiplanmäßig und komplotartig in dieser Versammlung die Gesetzesverhöhrung betrieben und die bewußte Gesetzesübertretung vorbereitet werden konnte. Zum Schluß richtet unser Parteioorgan an den Ersten Staatsanwalt die offene Anfrage, ob es thatsächlich Beweismittel gibt, die sich kassächlich über das Gesetz hinweggehen und von dieser Gesetzesverhöhrung den höchsten Beamten des Staates, Ministern, gewissermaßen offiziell Mittheilung zu machen sich erdreisten dürfen. — Was würden Polizei und Staatsanwalt wohl dazu sagen, wenn die Einbrecher eine öffentliche Versammlung abhalten und sich darüber unterhalten würden, ob bei Einbrüchen das Brecheisen oder nur der Dietrich in Anwendung kommen soll, und schließlich gar noch die Freizügigkeit besäßen, ihre Beschlüsse dem Staatsanwalt, der Polizei und dem Justizminister mitzutheilen?

Bremen. Im Bremer Landgebiet wurde bei der gestern stattgefundenen Bürgerchaftswahl der Genosse Währ in Woltershausen mit 240 gegen 199 liberale Stimmen gewählt. In einem anderen Bezirk kommt unser Kandidat mit einem Liberalen in Stichwahl. In den Stadtbezirken ist gestern eine erfreuliche Zunahme unserer Stämme zu verzeichnen.

Oldenburg. Im Zeichen des Verkehrs. Der dem Landtage vorgelegte Vorschlag des Eisenbahnbaufonds für 1903—1905 fordert für neun Bahnen rund 7 1/2 Millionen Mark.

Beste Nachrichten.

Berlin. Wegen Verbrechen gegen das Depotgesetz, Konkursvergehens, wegen Unterschlagung und Betrug verurtheilte das hiesige Schwurgericht nach 10tägiger Sitzung den früheren Bankier und Lotteriennehmer Mitzlaff zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Rathenow. Ein tödtlicher Unfall ereignete sich beim hier garnisonirenden Riesen-Dufaren-Regiment. Ein Gevatter der 5. Eskadron stürzte beim Remontieren und blieb im Steigbügel hängen; er wurde eine Strecke vom Berde geschleift und gegen eine Mauer geschleudert, den dabei erlittenen schweren Verletzungen ist er bald darauf erlegen.

Dresden. Der Matrose Speck, der bei seiner Verhaftung wegen Raubmordes einen Kriminalgendarmen erschoss, wurde wegen dieser That vom Schwurgericht am Mittwoch zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Er wird nunmehr nach Altona zur Aburtheilung wegen Raubmordes transportirt werden.

Schwerte. Wegen Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Sparkasse im Orte Gemren wurde der Gemeindevorstand Haft verhaftet. Es handelt sich angeblich um recht bedeutende Beträge, die aber durch den Reserveresonds von über 200 000 Mark gedeckt werden.

Süßdorf. Wegen Ermordung der 19-jährigen Fabrikarbeiterin Hartmann verurtheilte das Schwurgericht den Tagelöhner Weikweiler zum Tode.

Kassel. Treberschmidt. Zufolge erneuter Verhandlungen mit Frankreich ist nunmehr dem hiesigen Ministerium mitgetheilt worden, daß das Auslieferungsbefehl für den Direktor Schmidt auch auf das Delikt des Betrugs erweitert worden ist.

Selkingsfors. Mehrere Fälle von Hungertypus sind im Kirchspiel Lusnien (Finland) in Folge von Hungersnot vorgekommen.

Lemberg. Der Brand in den Petroleumgruben von Boryslaw wurde erst Mittwoch Abend vollständig gelöscht.

La Rochelle. Ein furchtbarer Orkan entmannte mehrere Fahrzeuge. 4 Personen wurden bei dem Unwetter getödtet.

Lissabon. Eine Pockenepidemie ist hier ausgebrochen; 500 Personen, meist Kinder, sind ihr bereits zum Opfer gefallen. Unter der Bevölkerung herrscht große Panik.

Briefkasten.

P. M. Koffen. Wir veröffentlichen grundräßig keine Ziehungslisten der Lübecker Lotterie.

Größte Weihnachts-Ausstellung am Plage für
Puppen, Spielwaren aller Art und Geschenk-Artikel, sowie
Porzellan-, Steingut-, Glas-, Emaille-, Stahl- und Korb-Waaren und sämtliche Haushaltungs-Artikel etc.

Puppen-Körper } in Stoff 25 bis 50 Pf.
 } in Leder 50 b. 350 Pf.
Puppen-Köpfe } in Porzellan 10 Pf. an.
 } in Biskuit 25 Pf. an.
Puppen-Köpfe } in Celluloid 50 Pf. an.
 } in Blech 25 Pf. an.
Puppen-Stuben, groß, Stück nur 50 Pf.

Puppen-Sportwagen 1,40, 2,00 bis 6,50 Mk.
Puppen-Wagen 2,00, 3,00, 4,00 b. 11,00 Mk.
Puppen-Einrichtungen 25 Pf. an.
Kinder-Kaffee-Service von 25 Pf. an.
Kinder- } Kochherde 10, 25 bis 50 Pf.
 } Koch-Geschirre von 10 Pf. an.
Bilder-Bücher, große Auswahl, 5 Pf. an.

Rad-Pferde, groß . . . 10 Pfg. bis 4,50 Mk.
Schaufelpferde 3,50, 4 bis 21 Mk.
Pferd mit Wagen, ff. bemalt . . . 50 Pfg.
Schubkarre, ff. bemalt 50 Pfg.
Eisenbahn 25, 50 Pfg. bis 11 Mk.
Festungen 1,20, 1,70 bis 6,50 Mk.
Kreisel, Trompeten, Schloffen . . 10 Pfg.

Baukasten in Holz 10, 15 Pfg. bis 3,50 Mk.
Echte Richter-Unterbaukasten von 50 Pfg. an.
Sandwerk- u. Malerkasten von 50 Pfg. an.
Kaufmannsläden u. Ställe von 50 Pfg. an.
Laterna magica 50 Pfg., 1,00 bis 6,50 Mk.
Kinderstuhl 50 Pfg., 1,00, 1,20, 2,00, 2,90 Mk.
Kinder-Tische 3,00, 3,20, 4,00 Mk.

Christbaumschmuck

Glasfugeln und Frucht
Karton 15, 30, 35, 45 Pf.

Perlen auf Schnur, Karton 30 Pf.
Guirlanden, 10, 15, 25, 40 Pf.

Christbaumschmuck

Vereine erhalten bei Einkauf für Versicherungen Extra-Rabatt.

Gesucht ein Mädchen
von Morgens 7-10. Fächergrube 2.
Kanarienhöhne à 4 Mk. zu verk.
W. Schulze, Rt. Fächergrube 12.
H. Schreiber, Zahn-
Techniker
Wahnstrasse 8, 1. Etage,
Früher: Holstenstrasse 32
Schwedisches Brennholz
empfiehlt billigst
Th. Kruse,
Ferd. Kayser 1289. Untertrabe 60.

Petroleumheizöfen
von 10 Mk. an,
Feine Dauerbrandöfen
von 10,50 Mk. an
empfiehlt in großer Auswahl
Carl Buchholz
Finkenburger Allee 10b.

Gegen spröde Hände
Glycerin, Lanolin,
Vaseline, Gold-Cream,
Lanolin-Cream.
Ferd. Kayser, Breitestrasse 81.

Wilh. Bartelt
25 Breitestrasse 25
gegenüber der Beckergrube.
Für den
Weihnachtsstich:
Hauskleider
in Wolle, Halbwole und
Baumwolle
1,75, 1,80, 2,10, 2,40, 2,90, 3,10, 3,50,
3,75, 4,50 Mk. u. s.
fein fein Kleider
von 3,90 Mk. bis zu den feinsten
Seiden.
Extra billiges Kleid
sehr breit, 4,50 Mk.
Winter-Paletots
u. Loden-Joppen
jezt sehr billig.
1 Posten Handtasche.
Best schon von 14 Pfg. an
Extra billig.
Besten Sie bitte mein Lager.

Woh?
Bei
Rosenberg.

Bedeutend vergrößert
ist meine
Spielwaren-
Abtheilung.

Heinrich Rosenberg
Mühlenstraße 10, Part. u. 1. Et.
Haus- u. Küchengeräte.
Emaille, Glas, Porzellan u. Steingut.
Lampen jeder Art.
Praktische Geschenk-Artikel
in grösster Auswahl
— zu billigsten Preisen. —



Kaufen Sie mir
Burckhardt's
Spezial-Margarine
Marke „Pfeil“
per Pfund nur 65 Pfg.
hochf. Holländ. Margarine
per Pfund 50, 54, 60, 70 Pfg.
Bei jedem Pfund ein Zeller oder 5 Rabatt-
marken gratis.
B. i 2 Pfund eine hochfeine Tafel gratis.
Kolonial- und Fettwaren
kaufenad billig.
Otto Burckhardt
Beckergrube 24.

Gesundheitschutz
in Staat, Gemeinde u. Familie.
Herausgegeben von
Emmanuel Warm
unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten.
Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Bearbeitung von Friedr. Meyer & Co.
Königsplatz 50.

Die
Arbeits-
Garderoben
von
Bahr & Umlandt
31 Breitestrasse 31
sind anerkannt billig und gut.
Wir unterhalten jetzt auch großes Lager in
Facon-Hosen
unten weit geschnitten, als
weiß Leder, braun Leder, blau Pilot,
gestreift Leder.
Diese Hosen haben sich in letzter Zeit sehr ein-
gebürgert und finden Sie bei uns die richtigen
Qualitäten.
Ausgeämmtes Haar
kauft
Wilh. Drews, Friseur
Große Gröpelgrube 12.

Apollo-Theater.
Im Zentrum der Stadt (Häuserhaus)
Sonnabend: Gr. Damen-Abend.
Jeder Herr eine Dame frei.
Vorletzter Tag!!
Größter Lacherfolg.
Seine Karoline
mit **Heinr. Kalaberg**
dazu alle Spezialitäten.
Beginn 8 Uhr. — 9 Uhr Schnittbilletts.
Sonntag 9. beid. letzten Vorstellungen.

Circus Variété
Reuterkrug.
Freitag den 28., Sonnabend den 29. u.
Sonntag den 30. November:
Nur 3mal. Gastspiel
Berlins ehemalig be-
rühmter Rechtsanwalt
Dr. Fritz Friedmann
in seiner sensationellen Vertheidigungsrede
Vom Tode — zum Freispruch
dazu der gesammte V. Prachtvielfalt
keine erhöhten Preise.
Serenabillerte unüßlig.
Anfang 8 Uhr.
Auftreten von **Dr. Fritz Friedmann**
präzise 10 Uhr.
Billets sind für die 3 Tage schon an den
bekanntem Verkaufsstellen zu haben

Stadt-Theater
Sonnabend den 29. November 1902:
9. Schüler- u. Volk-Vorst. bei ermäß. Preisen:
Der Freischütz.
Romantische Oper in 3 Akten von Weber.
Sonnabend Nachm. 4 Uhr: Brigitte.
Abends 7 1/2 Uhr: Alt-Weibelberg.
Montag: Im bunten Rod.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lied und Nachbarschaft“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lied und Nachbarschaft“, sowie die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stilling. — Verleger: Theodor Schwarz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Einmalige in Läden.

Die Salzsteuer und die Hungermehrheit.

Die deutsche Sozialdemokratie, als die entschiedenste Gegnerin aller indirekten Steuern und Zölle, hat auch bei der Beratung des Posttarifgesetzes keine Gelegenheit vorbegehen lassen, die Aufhebung dieser Volksbelastungen zu erstreben. Bei der zollwucherischen Reichstagsmehrheit findet sie aber damit noch weniger Gegenliebe als früher. Der Schatzsekretär hat dem aufstrebenden Reichstage ein Reichsdefizit von 150 Millionen in Aussicht gestellt und die Vertreter der herrschenden Klasse, die eben im Begriffe stehen, Agrarier und Industriellen die Taschen mit dem Zollwucher zu füllen, dabei aber das Kunststück fertig bringen wollen, Deckung für die 150 Millionen zu beschaffen, denken natürlich nicht daran, dem Volke eine der Hungerlasten abzunehmen, die es in Form der indirekten Steuern zu tragen hat.

Als eine der drückendsten dieser Lasten erscheint die Salzsteuer, deren Aufhebung unsere Fraktion beantragt hat, ohne daß sich die Mehrheit natürlich darauf eingelassen hätte. Ist es nicht ein treffliches Kulturbild aus dem kapitalistischen Staate, daß der Arme, der seine Kartoffel in's Salz tauchen muß, weil er nicht die Mittel hat, sich Brod und Butter zu kaufen, davon noch Abgaben bezahlen muß, die jährlich über 50 Millionen Mark ausmachen, die Bevölkerung pro Kopf mit ca. 1 Mk. belasten und für eine 5köpfige Arbeiterfamilie 5-6 Mk. betragen? Aber die Reichstagsmehrheit denkt nicht an Aufhebung, und es ist recht lehrreich, gerade die parlamentarische Geschichte der Salzsteuer zu studieren und zu sehen, wie sich durch die unwahre, heuchlerische und egoistische Politik der herrschenden Klassen diese Belastung von Geschlecht zu Geschlecht forterbt.

Als 1866 bestand in allen zum Zollverein gehörigen Staaten, mit Ausnahme von Hannover und Oldenburg, die Salzregie. Es war Bismarck, der 1867 die Aufhebung der Regie und die Einführung einer 2 Thlr.-Steuer pro Nettozentner des Salzes bewirkte. Damals hatten die herrschenden Klassen noch ein gewisses schämiges Gefühl gegen solche Volksbelastungen und der Norddeutsche Reichstag nahm schon in seiner Kommission, bei Gutheißung der Steuer, eine Resolution an, welche eine allmähliche Wiederherabsetzung der geschaffenen Steuer für wünschenswert erklärte, weil Deutschland die höchste Salzsteuer habe. Im Plenum des Reichstages wurde das Gleiche verlangt und damals waren es noch die edelsten Jünger, die dafür waren: Graf Baudissin, von Voë, von Puttkamer, v. Scheidow, von Lehndorff, Graf Eulenburg, Graf Kleist usw. Bei dieser Beratung äußerte der Abg. Frhr. v. Hoyerbed: „Ein Salzpreis von einer Höhe, wie sie durch eine Steuer von 2 Thaler bedingt wird, ist in der That nicht zu verantworten. Ein solcher Preis belastet gerade die unvermögenden arbeitenden Klassen des Volkes in einer Weise, daß die gesamten direkten Steuern von dieser Last allein übertroffen werden!“

Man sieht, wie damals die herrschenden Klassen des Zustandes noch ungewohnt waren, den größeren Teil aller Lasten aus den Arbeitertaschen aufzubringen, und wie sie selbst noch für Aufhebung der drückenden Belastung eintraten.

In der Plenarsitzung vom 1. Mai 1872 erinnerte der Freiherr von Hoyerbed an die Erklärung des Präsidenten des Reichstagspräsidenten, daß die Salzsteuer in dieser Höhe nur widerwillig eingeführt worden sei und sagte dann, von allen bestehenden Steuern sei die Salzsteuer die schlechteste und müsse in erster Linie aufgehoben werden. Sogar der Abg. v. Kardorff sprach für die gänzliche Aufhebung der Salzsteuer! Auch die Regierung befand sich noch auf Seiten der prinzipiellen Gegner der Steuer und gab durch den Reichstagspräsidenten Delbrück die Erklärung ab, daß die völlige Aufhebung der Salzsteuer „Gegenstand der ernstesten und möglichst zu beschleunigenden Erwägung werde sein müssen.“ Er bezeichnete nur die völlige Aufhebung der

Steuer als eine ganze Maßregel, die Ermäßigung der Steuer auf die Hälfte, 1 Thlr., wie es beantragt worden war, war für ihn „nicht eine halbe Maßregel, sondern noch sehr viel weniger.“

So oft später die Frage der Salzsteuer den Reichstag beschäftigte, sind immer die herrschenden Parteien mit für die Aufhebung der Salzsteuer eingetreten. Sogar der Abgeordnete von Stumm sagte im Jahre 1872 am Schluß einer Schilderung der Wirkungen der Salzsteuer:

„Aus alledem dünne Sie sich ein Bild machen, welche riesigen Aufschwung Gewerbe, Landwirtschaft, Bergbau, Binnen- und Seehandel, ja, der ganze Nationalwohlstand aus der Aufhebung der Salzsteuer ziehen würde.“

Die Regierung dachte jedoch nicht an die Aufhebung der Steuer und ebensowenig im Grunde die Reichstagsmehrheit. Namentlich seit der famosen Bismarckschen Zoll- und Steuerreform vom Jahre 1879, gewöhnte sie sich an die billige Manier, aus den Taschen der breiten Masse des Volkes alle die Ausgaben zu decken, die Militär und Marine, Minister und Diplomatie, kurz die ganze Reichsherrschaft verursachten. Hinter papierernen Resolutionen verschonte sich die Reichstagsmehrheit, und schließlich hielt sie auch das für überflüssig; es wurde kein Wort mehr über die Salzsteuer verloren. Die ärmsten Proletarierfamilien, die so arm waren, daß sie sich nicht Brod und Butter kaufen konnten, sondern Kartoffeln und Salz kaufen mußten, um ihren Hunger zu stillen, mußten davon ihre Abgabe an das Reich machen, während die Vermögen der Millionäre im Reiche ohne einen Pfennig Steuer blieben.

Als 1896 unsere Fraktion durch einen Antrag Auer und Genossen den Versuch machte, die Salzsteuer zu beseitigen, gab es kaum noch eine wesentliche Debatte. Auf die Kritik, die unser Fraktionsredner, der verstorbene Schulze-Königsberg, übte, redeten die bürgerlichen Vertreter ein paar Worte, so z. B. der nationalliberale Führer Dr. Hammacher, der die Steuer in Deutschland als die höchste Salzsteuer aller Nationen neben Indien bezeichnete. Die Reichstagsmehrheit aber hatte sich längst so weit von allen Bedenken emanzipiert, daß sie den Antrag Auer auf Aufhebung der Steuer glatt niederstimmte.

So muß denn das deutsche arbeitende Volk selbst vom Salze seine Abgabe machen. Die Salzsteuer (ohne Salzzoll) ergab 1870 31 05 Millionen Mark, 1880 37,24 Millionen Mark, 1890 43,03 Millionen Mark, 1895 46,59 Millionen Mark, 1900 49,69 Millionen Mark. Das machte pro Kopf der Bevölkerung 1893/94 91 Pfg., 1894/95 92 Pfg., 1895/96-98 93 Pfg. und seitdem bis heute fast 1 Mark Belastung aus. Eine 5köpfige Arbeiterfamilie muß jährlich 5-6 Mark allein an Salzsteuer entrichten oder auf jedes Pfund von ihr konsumierten Salzes 6 Pfg., bei einem Salzpreise von 10 Pfg. pro Pfund.

Als jetzt, bei Beratung des Posttarifgesetzes, die Sozialdemokratie die Aufhebung der Salzsteuer verlangte, hüllten sich die bürgerlichen Parteien einfach in Schweigen. Man ließ den sozialdemokratischen Antragsteller sprechen und stimmte dann den Antrag nieder.

So weit ist diese Reichstagsmehrheit nun gekommen, daß sie ihre eigenen Resolutionen und Wünsche vergessen hat. Ja, noch mehr. Der Reichsschatzsekretär hat ein Defizit von 150 Millionen Mark angekündigt. Vielleicht erleben wir es noch, daß diese Hungermehrheit die Salzsteuer gar noch erhöht, um aus ihr und anderen Genusmitteln das Loch in den Reichsfinanzen zuzuschütten.

Die Arbeiterklasse, die sich für die Herrschenden weiß bluten soll, wird ihnen bei den Wahlen schon ihren Lohn geben.

Soziales und Parteileben.

Die Stadtverordnetenwahlen in Stettin brachten unseren Genossen einen Zuwachs von 1740, den Geg-

nern einen Verlust von 784 Stimmen. In den acht Wahlbezirken sind fünf Genossen gewählt und einer ist in ausrichtreicher Stichwahl. Es gehören jetzt somit dreizehn Sozialdemokraten dem Stadtverordnetenkollegium an; der 14. dürfte durch die Stichwahl hineinkommen.

Arbeitslorenzählungen für ganz Hessen sollen nach einem Beschlusse des Offenbacher Gewerkschaftsrates die Gewerkschaften vornehmen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Mühlhausen i. O. ging die sozialdemokratische Liste glatt durch.

Eine Hausführung nach dem Krupp-Artikel wurde am Sonnabend Nachmittag auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Elberfeld von der Polizeibehörde in den Geschäftsräumen der „Vergischen Arbeiterstimme“ gehalten. Gefunden wurde natürlich nichts, ein Exemplar der betr. Nummer der „Arbeiterstimme“ wurde dem Beamten, damit er doch nicht ganz umsonst gehausucht habe, freiwillig mitgegeben.

Meinungsverschiedenheiten über die Organisationsform in der Arbeiterpartei Schwedens. Die schwedische Sozialdemokratie ist bekanntlich in der Weise organisiert, daß die Gewerkschaften gewissermaßen den Grundstock der Partei bilden, indem die Ortsabteilungen der Gewerkschaften den sogenannten Arbeiterkommunen, das heißt den Ortsabteilungen der Partei angeschlossen sind; abgesehen davon, daß sie ihre gewerkschaftliche Zentrale in der Landesorganisation der Gewerkschaften haben. Die bestehende politische Organisationsform wurde im Jahre 1900 festgelegt und hat sich seitdem bewährt. In letzter Zeit sind jedoch, hauptsächlich in Stockholm und in Göteborg, innerhalb der Arbeiterpartei Bestrebungen zur Losrennung der Gewerkschaften von der politischen Partei hervorgetreten und die bürgerliche Presse hat daraus den Schluß gezogen, daß die Arbeiter sich nun vom Sozialismus abwenden und daß die Gewerkschaftsbewegung in „ruhigere Bahnen“ einlenken werde. Diese Hoffnung auf Verflachung der Arbeiterbewegung beruht jedoch auf einem Irrtum. Es handelt sich hier lediglich um eine praktische, nicht um eine prinzipielle Frage. Eine solche Scheidung der politischen von der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hat übrigens in Dänemark bereits vor einer Reihe von Jahren stattgefunden, und zwar ohne daß dadurch die Arbeiterpartei irgendwie ihre politische Gestaltung gewechselt hätte. In Schweden scheint indes der Zeitpunkt für eine solche Umwälzung der Organisationsform noch nicht gekommen zu sein. Der praktische Versuch, der in Göteborg damit gemacht wurde, hat ein Sinken der Mitgliederzahl der Gewerkschaften und keinen Zuwachs für die politische Vereinigung zur Folge gehabt. Nun hat dieser Lage der sozialdemokratische Parteivorstand an sämtliche Arbeiterkommunen und deren Mitglieder ein Rundschreiben erlassen, worin zum Festhalten an der bestehenden Organisationsform aufgefordert wird. An allen Orten, wo es nötig erscheint, sollen Versammlungen abgehalten werden, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 27. November.

24. Sitzung. Mittags 2 Uhr.

(Schluß).

Redebour (S.): Daß die Fraktionen nicht in einer Stunde mit der Prüfung des Antrages Kardorff fertig werden können, ist denn doch wohl klar. Bei der Debatte über die Brüsseler Juderentkonvention hat Fürst Herbert Bismarck, dieser erblich begabte Staatsmann, (Heiterkeit), einige Jahre Zeit zur Ueberlegung gefordert. (Lärm, hört! links.) Ihre heutige Paß beweist nur Ihr böses Gewissen! Daß die Herren auf der Linken, die in dieser Frage auf unserer Seite stehen, uns gute Lehren

In den Mienen.

Roman von K. Orth.

40. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Frau Annas Kniee bebten so, daß sie sich mit der freien Hand an einem Baum festhalten mußte, als sie einen Trupp von sieben Männern gewahrte, die einen achten Barhaupt und mit auf dem Rücken zusammengeknürten Händen in ihrer Mitte führten. Daß es Campbell war, erkannte sie sofort.

Wie in ihrem Leben hatte sie den Weg nach der Taverne in kürzerer Zeit zurückgelegt, als es jetzt geschah. Festig riß sie die Thür des Wappzimmers auf. Es war leer. Dann eilte sie in das Wohnzimmer. Kehoe saß auf seinem Platz an der Fensterwand noch genau so, wie sie ihn vorher verlassen hatte, und atmete ruhig in tiefem, traumlosem Schlummer.

Früher noch als Morgan hatte Maud die Vorboten des Unwetters wahrgenommen, das sich drohend über ihren päppern zusammenzog. Sie hatte sich unter Daisys aufmerksamer Pflege sehr rasch von dem Krankheitsfall erholt, der einzig durch die ungewohnten Strapazen und die immer erneuten seelischen Erregungen des wochenlangen vergeblichen Suchens nach dem Geliebten herbeigeführt worden war. Und sie hatte während dieser ersten Tage ihres Aufenthalts in „Sheridan House“ mit einer gewissen Bewunderung wahrgenommen, wie zurückhaltend sich Daisly nicht nur gegen sie, sondern auch im Verkehr mit dem vermeintlichen Bruder benahm. Dann aber hatte sich ihr Verhalten allmählich geändert, ihre Freundlichkeit bekam etwas Gezwungenes und gekünsteltes, ihre Heiterkeit klang nicht mehr natürlich, und zuweilen, ihr selbst vielleicht unbewußt, blitzte in ihren Augen verräterisch etwas auf, das sicherlich nicht als der Ausdruck

eines freundschaftlichen, zärtlichen Empfindens gedeutet werden konnte.

Eine Zeitlang hatte Maud dem Geliebten nichts von ihren Beobachtungen mitgeteilt; dann aber, als Daisly plötzlich anfang, sie durch die indiskretesten Fragen nach ihren Verhältnissen und nach ihren Beziehungen in Buffalo zu beunruhigen, hielt sie es doch für nötig, Morgan davon in Kenntnis zu setzen und die Vermutung auszusprechen, daß die Tochter Monaghans Verdacht geschöpft habe.

Sie that es mit geheimer Angst, denn sie fürchtete, daß er nun auf ihrer sofortigen Entfernung bestehen würde; aber er nahm es zu ihrer Ueberraschung wie etwas längst Erwartetes auf.

„Wir werden also doppelt vorsichtig sein müssen, mein Lieb“, sagte er nur. „Und ich muß es Deinem erfindlichen Köpfchen überlassen, ihre misstrauische Neugier durch glaubhaft klingende Märchen zu befriedigen.“ Fortschicken kann ich Dich jetzt jedenfalls nicht; denn wenn sie wirklich einen Verdacht gegen uns hegt, würde sie darin nur einen Beweis für die Berechtigung desselben erblicken, und ich darf gerade jetzt, wo die Entscheidung unmittelbar bevorsteht, meine Lage nicht gefährden. Es war Dein eigener Wille, Dich in die Höhle des Löwen zu wagen; nun mußt Du wohl oder übel darin aushalten, bis wir sie beide verlassen können.“

Sie durfte ihm der Wahrheit gemäß versichern, daß sie sich bisher noch vor nichts anderem gesürchtet habe, als davor, ihn verlassen zu müssen; aber sie ließ doch seit der Stunde, wo sie den ersten funkelnden Wutblitz aus Daislys Augen aufgefangen hatte, den kleinen Revolver nicht mehr von sich, den sie bei ihrer Abreise von New-York sorgfältig mitgenommen hatte.

Es machte sie glücklich, daß sie sich seit ihrer Wiederherstellung dem Geliebten dadurch hätte nützlich erweisen können, daß sie die Vermittlerin seines Verkehrs mit dem

Polizeikapitän Gowen machte. Der rührige Detektiv, der sein Hauptquartier jetzt ebenfalls in Pottsville aufgeschlagen hatte, war zwar geradezu ein Genie in der Erfindung immer neuer Verkleidungen, die ihm gestatteten, hie und da ohne allzu große Gefahr mit Morgan zusammenzutreffen, immerhin aber mußte die Zahl dieser persönlichen Begegnungen auf das unumgänglich Notwendige beschränkt werden, und das Vorhandensein einer vertrauenswürdigen Person, das einen steten schriftlichen Verkehr der beiden Männer möglich machte, war darum von unschätzbarem Werte. Erhoffte aller von Morgan und Gowen getroffenen Vorsichtsmaßregeln war diese Aufgabe freilich noch immer schwierig genug, denn Daisly ließ den Verkehr der angeblichen Geschwister untereinander kaum eine Minute lang unbeobachtet und verschmähte es um dieses Zweckes willen ebensowenig, sich hinter Schränke und in dunklen Winkeln zu verstecken, als durch Thürhaken und Schlüsselbohrer zu spähen.

Am Abend des Tages, der der Verhaftung Campbells vorausging, war sie in dieser Rundschäftertätigkeit, die jetzt ihr ganzes Dichten und Trachten ausmachte, besonders glücklich gewesen. Sie hatte gesehen, daß Maud ihrem Bruder einen Brief und ein Päckchen übergab, als er eben von einem Ausgange zurückkehrte. Er hatte den Brief sofort gelesen, um ihn dann, als er durch das auffällige Erscheinen Monaghans gestört wurde, rasch in der Brusttasche seines Ueberrockes zu verbergen.

Es war sofort ihr fester Entschluß gewesen, sich dieses Blattes zu bemächtigen, und mit solcher Beschlagenheit war sie dabei zu Werke gegangen, daß ihr das Vorhaben wirklich geglückt war. Sie hatte ein leeres Blatt an die Stelle des entwendeten Zettels in den Briefumschlag gesteckt, und in ihrer Befriedigung über den gelungenen Streich war nur durch die Entdeckung beeinträchtigt worden, daß das Schriftstück in einer Sprache abgefaßt war, die sie nicht verstand.

Morgan aber hatte gerade diesmal die Gebote der

Aber die Wahrung des Parlamentarismus glauben geben zu müssen, halte ich für gänzlich überflüssig. Nicht wir, die Majorität ist es, die den Parlamentarismus mit Füßen tritt. Das Verhalten der nationalliberalen Partei nimmt mich gar nicht Wunder. Haben doch dieselben Herren die Verlängerung der Legislaturperiode um 2 Jahre verschuldet. Sie sind nicht Vertreter, sondern Verräther des Parlamentarismus. Hätten Sie damals den ersten Versuch nicht begangen, Sie würden heute keine Gelegenheit haben, den zweiten zu begeben. Das Volk wird immer mehr erkennen, daß seine wahren Freunde einzig und allein bei der Sozialdemokratie zu finden sind. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Bachem (Z.): Ich bitte, der Opposition eine ganz kurze Aufklärung geben zu dürfen, die hoffentlich einigermaßen beruhigend wirken wird. (Lachen b. d. Soz.; Zurufe.) Warten Sie doch erst ab, was ich sagen will. Ich begreife, daß unser Antrag Ihnen eine kleine Ueberraschung bereitet hat. (Gr. Unruhe links.) Der von Ihnen verlangte Ausschub von 24 Stunden wird von der ganzen Mehrheit als berechtigt anerkannt. (Stürm. Unruhe links. Rufe: Wassermann hat uns eine Stunde hingeworfen!) Es hat in keiner Weise die Absicht bestanden, heute schon die Frage zur Entscheidung zu bringen. (Erneute Unterbrechung links. Stadthagen ruft: Das ist nicht wahr!) Ich lasse mich durch Unterbrechungen nicht aus dem Text bringen. (Bravo! im Zentr.) Es hat in keiner Weise die Absicht bestanden, den Herren die Möglichkeit der Vorbereitung zu nehmen. (Rufe links: Wassermann!) Herr Wassermann wollte Ihnen eine Stunde zur Vorbereitung Ihres Verhaltens in dieser Sitzung geben, in der sachlich noch gar nicht entschieden werden sollte. (Erneute Unterbrechungen.) Die Herren scheinen nützlichem Auseinandergehen gar nicht mehr folgen zu können. (Ruf bei den Soz.: Sie Karnevalsredner! Große Heiterkeit.) Meine Herren, das ist kein sachliches Moment! (Gelächter.) Die Mehrheit will nichts, als daß heute noch die formelle und sachliche Begründung des Antrages gegeben wird. (Stürmische Rufe bei den Soz.: Darauf lassen wir uns nicht ein!) Sie wollen uns, scheint es, nicht einmal anhören! (Abg. Ledebour ruft: Und Sie wollen uns vergewaltigen!) Herr Kollege, ich vergewaltige Niemanden; ich will nur eine rein geschäftliche Frage sachlich behandeln. Es liegt uns noch weit mehr als Ihnen daran, sachlich zu diskutieren. (Zurufe bei den Soz.: Sie Schwindler, Gewalt wollen Sie üben! Furchtbarer Lärm auf allen Seiten des Hauses.) Wenn Sie uns nicht anhören wollen, so haben wir doch ein Interesse daran, daß das Land, das ruhiger als Sie darüber denkt (Lärm links), unsere Gründe hört. (Zuruf bei den Soz.: Wir wollen morgen darüber verhandeln! morgen! morgen!) Das Land wird sich überzeugen, daß unser Antrag die Geschäftsordnung (Abg. Stadthagen: durchbricht!) nicht verlest. Sie zeigen durch Ihr Verhalten, daß Sie einer sachlichen Behandlung und juristischen Erörterung aus dem Wege gehen wollen. (Rufe bei den Sozialdem.: Wir wollen morgen darüber beraten!)

Ulrich (Z., mit Lärm und Lachen rechts und im Zentrum empfangen): Warten Sie nur ab, ob Sie nicht zu früh geschlafen haben. (Sehr laut! links.) Wenn es noch dem Vorschlag des Dr. Bachem geht, werden Sie vielleicht ein paar Redner zum Wort lassen und dann käme der Antrag auf Schluss der Debatte. Spiegelberg, wir kennen dich! Herr Bachem braucht es ja nicht gerade zu sein, der Schluss beantragt. Wir haben die Mehrheit jetzt kennen gelernt. Wir glauben Ihnen nichts mehr! (Zustimmung bei den Soz.) Sie eskamotieren Ihre eigenen Meinungen von einem Tag zum andern. Herr Spahn verlangte, daß die Sache gleich jetzt erledigt werden sollte, während Herr Wassermann uns eine lächerliche Stunde Zeit gewähren wollte. Derartige Wassermannsche Gestalten wirken nicht auf uns. (Heiterkeit.) Die Geschäftsordnung und die Verfassung sind der Mehrheit nicht mehr als ein Stück Papier, das man zerreißt, wenn es einem nicht paßt. Ein Reichsgerichtsrath, wie Spahn, hätte ein derartiges Verfahren unter keinen Umständen geduldet. Der bestlebenswürdige Hindernis in eine Spielerei gegen diese Ermüdung von über 90 Redaktionen. (Lachen rechts und im Zentrum.) Die Würden müßte jährl. in den Adern haben, wenn sie sich das gefallen lassen wollte. Wir werden uns gegen den Teufel, mag er nun blaues Jankerblut haben, oder schwarz sein wie das Jantar, zu vertheidigen wissen. (Sehr laut! bei den Soz.) Wir gehören nicht zu den Gauen, Herr Bachem, die sich vom Fuchs überbügeln lassen. (Bravo! bei den Soz.) Wenn Sie mit der Annahme dieses Antrages ein Präjudiz schaffen, so werden uns die Hände auch für den Staat gebunden. Einer gewaltthätigen Mehrheit ist alles möglich! Bedenken Sie, zum Zentrum, daß Sie auch einmal Ambos werden können. Es können Jener wiederkommen wie jene, wo der jetzige Präsident Graf Ballestrem gegen die Wiederkehr durch ein unparlamentarisches „Bmi“ protestirt hat. (Sehr gut! b. d. Soz.) Heute aber gehen Sie Arm in Arm mit den Jankern, eine feine

Nummer! (Stürm. Heiterkeit links.) § 19 der Geschäftsordnung ergibt, daß der Antrag unzulässig ist, der Präsident hätte ihn gar nicht zulassen sollen. Ich fordere ihn auf, diesen Schutz der Minorität zu gewähren. Der Antrag hätte der Geschäftsordnungskommission übergeben werden sollen. (Sehr richtig! links.) Eine vaterländische That soll es sein? Dann sind die Gründer der Laubhütte am Ende vaterländische Leute. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der ganze Tarif ist eine Gefahr für das Vaterland. Ihre eigenen Leute, die kleinen Bauern, werden eines Tages ausrufen: Verflucht sei die Mehrheit, die diesen Tarif gemacht hat. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Die kleinen Bauern werden gelegentlich nur einzelne werden immer größer. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch die Bauern werden das einmal einsehen. Schon jetzt dümmert es bei den Bauern. Nieder mit einem solchen Antrag. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Beus (Z.): Der deutsche Reichstag hat die Pflicht, sein Thun nicht nur vor sich selber, sondern auch vor dem Volk zu rechtfertigen. Hoffentlich hat das Volk Gelegenheit über den ganzen Tarif zu entscheiden. Wir haben die Pflicht, zu verhüten, daß diese Entscheidung dem Volke entzogen wird. Deshalb protestiren wir dagegen, daß diese Sache über's Knie gebrochen wird. Den Versicherungen der Mehrheit bringen wir kein Vertrauen mehr entgegen. Wir können jetzt leider dies Vertrauen auch nicht mehr zu unserem verehrten Präsidenten haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Präsident hätte mindestens sagen müssen: ich lasse die Verathung heute nicht zu. Er hätte sein Amt niederlegen und sagen sollen: wählen Sie sich einen anderen Präsidenten, der sich zu einem solchen Bruch der Geschäftsordnung hergiebt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.; Unruhe rechts und im Zentrum.) Es ist bedauerlich, daß gerade der bis jetzt unparteiischste Präsident sein ganzes Vertrauen aufs Spiel setzt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Werth der Geschäftsordnung ist längst illusorisch geworden, sowie sie der Mehrheit nicht paßt, wird sie geändert. Wenn man durch den Antrag Kardorff die ganze Geschäftsordnung über den Haufen wirft, so sind wir zu gar nichts mehr verpflichtet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn der Präsident uns zur Ordnung ruft, so haben wir das Recht, die Mehrheit und mit ihr den Präsidenten uninteressirt zur Ordnung zu rufen. (Beif. bei den Soz. Unruhe rechts.)

Dr. Bachme (Zg.). Nach dem Antrag Kardorff ist jede Form der Abwehr gestattet und legitimirt. (Stürm. Beifall links.) Die Entfesselung der Leidenschaften wird nicht Halt machen in den Mauern dieses Hauses, sondern sich ins Land fortplanzen. Sie (nach rechts) tragen die Schuld daran, wir haben unsere warnende Stimme rechtzeitig erhoben. (Lebh. Bravo links.)

Singer (Z.): Sie werden Ihre Absicht, heute in die Verathung des Antrages Kardorff einzutreten, nicht erreichen. Wir jagen die Geschäftsordnungsdebatte fort bis zum Aeußersten. Wir haben ja Zeit. (Stürm. Beifall! b. d. Soziald.) Die Frage ist so wichtig, daß es für uns Pflicht ist, jede Ermüdung zu überwinden, um die Rechte des Volkes zu schützen. (Bravo! b. d. Soziald.) Ich bedaure, daß der Herr Präsident nicht von seinem Rechte Gebrauch gemacht hat, den Antrag von vornherein zurückzuweisen. Im ersten Augenblick war er vielleicht dazu nicht in der Lage, da die Mehrheit es nicht gewagt hatte, ihm vorher von dem Antrage Mittheilung zu machen. Jetzt aber müßte er nachholen, was er versäumt hat, denn er hat als Hüter der Geschäftsordnung die in ihr niedergelegten Rechte der Minorität zu schützen. (Sehr wahr! b. d. S.) Es ist nicht richtig, in einem solchen Falle die Majorität entscheiden zu lassen, die Majorität darf Recht und Gesetz nicht beugen. — Die Gait, die die Mehrheit bei der Einheimung des Tarifs befundet, zeitigt ja auch sonst wunderliche Blüten. Bei der namentlichen Abstimmung nach dem neuen System sind die Resultate der Abstimmung vom Präsidenten wiederholt anders proklamirt worden, als sie dann im amtlichen Bericht zu lesen waren. Wie sollen wir da Vertrauen zu Ihren Geschäftsordnungs-mitteln haben in Zeiten, wo die Entscheidung auf des Messers Schneide steht? (Sehr gut! links.) — Sehr heutzutage war es, daß Herr von Kardorff jagte, ein Eventualantrag sei im Druck, der eine en bloc-Annahme des Tarifs beabsichtige. Also die Herren jagten sich, mit einem direkten Antrag auf en bloc-Annahme des Zolltarifs kommen Sie, weil Widerspruch erhoben würde, nicht durch, und so wollen sie dasselbe Ziel auf einem Umwege erreichen. Herr v. Kardorff hat verrathen, daß Sie sich dieser Absicht bewusst sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Herren muthen in dem Antrage dem Reichstag zu, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen, welche er noch gar nicht beraten hat. Ich glaube, Sie sind offenbar absolut verlassen von ihrem sonstigen Vertrauen. Unverständlich ist es, wie die Regierung und der Reichstag, der uns jenseit ermahnt, die Würde des Parlamentarismus zu wahren, die Mehrheitsparteien zu einem solchen Antrage ermuntern kann, der ein Attentat auf die Geschäftsordnung bedeutet. Durch die en bloc

Annahme hoffen die Herren der Mehrheit, sich alle einzelnen Bestimmungen zu ersparen, damit sie sich der Kontrolle des Landes entziehen. Der Antrag bedeutet einen Mißbrauch und eine Verhöhnung der Geschäftsordnung, eine Verhöhnung auch der Minorität. Ich bitte den Herrn Präsidenten, der getragen ist von dem Vertrauen des ganzen Hauses, die Frage der Zulässigkeit des Antrages genau zu prüfen, und seine Entscheidung nicht nach Gunst, sondern nach dem Recht zu treffen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)
Hierauf wird ein Vertagungsantrag des Abg. Graf Pompej (Z.) angenommen.
Präs. Graf Ballestrem schlägt vor, die nächste Sitzung am Freitag 12 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Verathung.
Richter (Zg.) beantragt, um der Würdezeit Zeit zur Verathung zu lassen, den Anfang der nächsten Sitzung auf 2 Uhr festzusetzen.
Präs. Graf Ballestrem: Ich glaube, daß dieser Vorschlag ein billiger ist.
Das Haus ist damit einverstanden.
Schluß 7 1/4 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Herr Fränkel, der Verfasser der Broschüre, welche dazu erwählt ist, bei der nächsten Wahl die Sozialdemokratie zu zerschmettern, ist, der „Sächs. Arb.-Ztg.“ zufolge, zum Bericht der Sozialdemokratie prädestinirt, wie kein anderer. Sein Vater war nämlich ein emigrirter Sozialdemokrat und hat in den bewegten Zeiten des Sozialistengesetzes ein Vermögen für die Partei gegeben, was Herrn Fränkel jun. natürlich aus mehr als einem Grunde sehr schmerzlich gewesen ist. Nimmt man dazu, daß Heinrich Fränkel zu den Füßen Diebknachts gefessen hat, daß Diebknacht im Hause des alten Fränkel Unterricht gab, so wird man zugestehen müssen, daß Heinrich Fränkel Gelegenheit hatte, die Umsturzpartei gründlich kennen zu lernen und so die Waffen des Sozialistenbitters zu finden. Herr Heinrich Fränkel ist ein Seitenstück zu Hans Blum. Der Vater Revolutionär, der Sohn Revolutionärbitter. So verlegt der Spiritus im Laufe der Generationen und das Phlegma bleibt.

Ungeheure Bestimmungen. Die lex Michlicher, so wird aus dem Reichstage geschrieben, bewährt sich durchaus nicht in der Praxis. Wie unklar vorausgesehen war, laufen den Schriftführern bei der Zählung der Karten und bei der Abirung der Stimmen große Irrthümer unter. Der Präsident ist nie in der Lage, ein genaues Stimmenresultat zu publiziren. Am auffälligsten trat diese Erscheinung in der Dienstags-Sitzung hervor. Vier namentliche Abstimmungen über die sozialdemokratischen Verwendungsanträge waren vorzunehmen und in sämmtlichen vier Fällen war das vom Präsidenten mitgetheilte Abstimmungsresultat, so wie es in den verschiedenen Parlamentsberichten angegeben ist, ein anderes als das schließlich ermittelte und in der schriftlichen Abstimmungsliste publizirte Ergebnis. Es handelt sich um ganz bedeutende Zahlendifferenzen. Bei der ersten Abstimmung haben nicht, wie der Präsident angab, 59, sondern nur 34 Abgeordnete mit „Ja“ gestimmt und nicht 5, sondern nur 3 sich der Stimme enthalten. Bei der zweiten Abstimmung (Salzsteuerantrag) haben nicht 190, wie der Präsident angab, sondern 188 Abgeordnete mit „nein“ gestimmt, die übrigen Angaben stimmten. Um so größer ist die Differenz bei der dritten Abstimmung: der sozialdemokratische Zudersteuerantrag ist mit 193 gegen 63 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt worden. Der Präsident aber hatte verkündet, 158 Stimmen mit „nein“, 99 Stimmen mit „ja“ abgegeben wären und 3 Abgeordnete sich der Stimme enthalten hätten. Schließlich hat man sich auch bei der vierten Abstimmung, da allerdings nur um eine Stimme, verzählt. Hier stimmten nicht 203, sondern 202 Abgeordnete gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Befreiung der Branntweinsteuer. Alle diese Irrthümer lassen sich nur aus der Hast herleiten, mit der die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses betrieben wird. Sie können höchst unangenehme Folgen haben, sobald es sich um die Ermittlung einer zweifelhaften Mehrheit, die an wenigen Stimmen hängt, handelt. Bei der alten Abstimmungsmethode war eine viel bessere Kontrolle möglich. Hier konnte jeder Abgeordnete, wenn er wollte, die öffentliche Stimmgabe verfolgen und das Ergebnis privatim ermitteln. Außerdem führten zwei Schriftführer die Abstimmungslisten und jeder ermittelte für sich das Ergebnis. Jetzt aber zählen die vier Schriftführer, die die Abstimmungsarten ein-

berichtet haben, nicht nur getrennt, als er den Fettel, den er wohl schon gleich allen früheren gerichtlichen Mittheilungen Gewiss gemacht zu haben glaubte, völlig vergessend und in der That nicht zu entdecken, als ihm am Abend nach Campbell's Verhaftung Mrs. Kehoe von Dairys Besuch und von der glücklichen Verhaftung des gefährlichen Verbrechens erzählt.

Einige Mitarbeiter, die dem Transport des Gefangenen begünstigt waren, hatten die Kunde von dem Ereigniß nach Pittsville gebracht. Sie hatten sich wie ein Ungeheuer unter den Molly-Magazines verbreitet und eine gewaltige Verärgerung unter ihnen hervorgerufen. Daß eine Verärgerung dabei in Spiele sei, ist für Niemand zweifelhaft, aber am Ende war die Zahl der Personen, die um Campbell's Verhaftung gewirkt hatten, doch eine zu große gewesen, als daß sich dieser Verdacht von vornherein gegen eine bestimmte Persönlichkeit hätte richten konnte.

Letzter hatte jedoch eine Veranlassung nach Kehoes Tavernen bringen, nach Doughty war unter den ersten gewesen, die sich um die festgesetzte Zeit dort einfanden. Er hatte Kehoe vollständig gesehen, aber in einem Hause tiefer Niedrigkeit angetroffen; denn es war ja außer Zweifel, daß die Verhaftung seines Gefängnis erfolgt war, während er sich von Schlaf hatte überwältigen lassen, und er machte sich wegen dieser Unachtsamkeit um so heftigere Vorwürfe, als ihm Doughty unmittelbar vorher noch besondere Rücksicht entgegen hatte.

Anna Reyer aber hatte noch vor dem Beginn der Sitzung eine Seltsamkeit gesehen, Doughty in rascher Weise zu erzählen, was sie an diesem Morgen noch private Aussagen nicht nur für ihn gethan hatte. Die Vorstellung, daß Dairys auf dem Wege sei, die Wahrheit zu entdecken, daß sein Gefängnis sich sogar schon in ihren Händen

befanden hatte und ihr nur wie durch ein Wunder wieder entzogen worden war, konnte ihn wohl mit Schrecken und Bestürzung erfüllen, aber er verlor darüber doch nicht einen Augenblick seine Kaltblütigkeit.

Als einer der ersten erbat er nach Lawlers Eröffnungsrede das Wort und theilte den verwundert aufhorchenden Brüdern mit, daß er sich zu seinem tiefen Schmerz einen Theil der Schuld an dem schweren Unglücke beimeßen müsse, was dem der Orden durch Campbell's Verhaftung betroffen worden sei. Denn er sei durch einen Unbekannten, den er nun wohl für einen Freund des Bundes halten müsse, zu guter Zeit gewarnt worden. Ein Mann in Arbeiterkleidung, dessen Gesicht geschwärtzt war, habe sich seiner Schwester genähert, als sie einen Spaziergang durch die Straßen von Pittsville machte, und habe ihr hastig ein Papier in die Hand gedrückt, mit der geäußerten Bemerkung, daß sie es unverzüglich ihrem Bruder Henry übergeben solle. Auf diesem Papier aber habe geschrieben, daß Campbell's Verhaftung von der Polizei entdeckt sei, und daß er an einem der nächsten Tage, vielleicht schon morgen, aufgehoben werden solle. Er habe das Ganze für einen schlechten Scherz gehalten, den irgend ein eingeweihter Molly-Magazine sich mit ihm habe machen wollen, um so mehr, als ihm während der letzten Wochen schon öfter auf ganz ähnliche Weise Warnungen zugekommen seien, die sich jedesmal als durch nichts gerechtfertigt erweisen hätten. So habe er denn geglaubt, hinsichtlich seiner Pflicht zu ihm damit, daß er zu der Tavernen heranzöge und Kehoe noch einmal zu besonderer Vorsicht und Aufmerksamkeit ermahnte. Habe er sich einer stürzlichen Unterlassung schuldig gemacht, so wolle er es dem Ermessen der Brüder überlassen, ihn deshalb zu tadeln oder gar zu strafen.

Nach dieser Rede hatte er das Sitzungszimmer verlassen, wie wenn er es den Mitgliedern der Gruppe da-

durch leichter machen wollte, Gericht über ihn zu halten. Aber er hatte noch keine Viertelstunde drüben in der Gaststube gefessen, als Pat Monaghan erschien, um ihn im Auftrage des Vorsitzers zurückzuholen. In feierlicher Ansprache hatte Lawler ihm verkündet, daß die Gruppe in seinem Verhalten keinen Anlaß zum Tadel erblicken könne und daß er nach wie vor die Achtung und das unumschränkte Vertrauen der Brüder besitze.

Da Morgan wußte, daß Dairys durch ihren Vater alles erfährt, was in den Sitzungen vorgeht, so hegte er keinen Zweifel, daß sie auch von diesem Zwischenfall mit allen Einzelheiten Kenntniß erhalten würde, und selbst wenn ihr eigener Argwohn durch seinen kühnen Schachzug nicht befestigt wurde, so hatte er nun doch die Gewißheit, daß eine Anklage ihm bei den Molly-Magazines nichts mehr schaden würde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung war zu neuem Erschrecken der Versammelten durch einen aus Coalbale entfeudeten Boten die Meldung gekommen, daß auch Thomas Hurley, der zweite von Doyles Mörder, an diesem Morgen verhaftet worden sei. (Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez' Verlag) ist soeben das 8. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:
Parlamentarischer Selbstmord. — Die Lage der Braunkohlenarbeiter. Von Otto Hue. — Klassenkämpfe in der Gemeindeverwaltung. Von Max Duard. — Die Nationalrathsmassen in der Schweiz. Von Dionys Zimmer. — Literarisches Rundschau.

fammeln, den Inhalt ihrer Urnen. Das Resultat wird dann zusammengestellt. Eine Verschärfung der Kontrolle wird sich nach diesen Irrthümern der Dienstag-Sitzung nicht umgehen lassen.

Die Kommission für das Kinderschutzgesetz begann Mittwoch die zweite Lesung. Auf eine Anfrage des Abg. Trimborn erklärte Geheimrath Koch, daß auch Gerbereien unter das Gesetz fallen würden, sofern sie als gewerbliche Betriebe anzusehen seien. Die in erster Lesung gefasste Resolution betr. Erhebung über die Kinderarbeit in der Landwirtschaft wurde mit der Erweiterung befristet, daß die Erhebungen sich auch auf die Beschäftigung von Kindern im Haushalt erstrecken sollen. Hierauf wurden die §§ 1 und 3 nach den Beschlüssen erster Lesung genehmigt. Die nächste Sitzung findet am 2. Dezember statt.

Der Kampf um die Volksschule. Der Antrag unserer Parteigenossen im Reichstage, von den zu erwartenden Bollerträgen des Hungertarifs jährlich 100 Millionen an die Bundesstaaten zur Förderung des Volksschulwesens zu überweisen, hatte die helle Wuth speziell der junkerlichen Blätter erregt. Das ist die blanke Verhöhnung der Majorität, es fehlt nur noch der Antrag, die Gelder sofort an die sozialdemokratische Parteikasse abzuliefern, schrieb ein rechtsstehendes Berliner Blatt. Diese edle Seele hat so Unrecht nicht, wenn sie Förderung des Schulwesens für gleichbedeutend hält mit Förderung der Sozialdemokratie. Daß auch die Ueberweisung von jährlich 100 Mill. Mark für Schulzwecke noch nicht entfernt ausreichen würde, ideale Schulzustände zu schaffen, leuchtet jedem ein, der nur etwas das deutsche Schulwesen kennt. Kaustly berechnete in seiner Agrarfrage die jährlichen Ausgaben für eine wirkliche Volksschule unter proletarischem Regime auf 1 1/2-2 Milliarden, also auf mehr denn das Doppelte des heutigen Militäretats. Wir sind also mit unserer Forderung von nur 100 Millionen jährlich sehr bescheiden gewesen und haben nicht mehr verlangt, als die kapitalistische Gesellschaft leisten kann. Und daß sie es auch muß, daß sie die himmelstreichenden Zustände in unseren Volksschulen im eigenen Interesse beseitigen muß, bezeugen ja am besten die Meldungen, die über die Nachwirkungen des Trafehner Schulprozesses durch die Blätter gehen. Danach ist den Lehrern Geschwandter und Schiwel jun., die auch in den Gerichtsverhandlungen gegen Herrn v. Dettingen als Zeugen aufgetreten sind, von diesem seiner Zeit eröffnet worden, daß sie sich um neue Stellen umsehen sollten, da sie im Geschäftsschuldienst ungeeignet seien. Dann ist mit einem Hauptentlastungszeugen aus dem Trafehner Prozeß, dem Lehrer Lamprecht in Jonasthal, einem erst 46 Jahre alten Herrn, der an einem Augenübel leidet, inzwischen sehr eigenthümlich verfahren worden. Lehrer Lamprecht wurde am 17. d. M. von einem Regierungskommissar revidirt. Die Revision habe von 8 1/2 bis 12 Uhr Vormittags gedauert, mit einer einzigen Pause von 5 Minuten. Nach Beendigung der Revision, als Lehrer und Schüler geradezu erschauert und erschöpft gewesen seien, habe der Regierungskommissar Herrn Lehrer Lamprecht gefragt: „Glauben Sie, noch die Kraft zu haben, weiter unterrichten zu können?“ Lamprecht habe geantwortet: „Natürlich, ich habe, seitdem sich meine Gesundheit gebessert hat, auch schon bedeutend mehr gearbeitet.“ Hierauf habe der Kommissar erwidert: „Ja, das meinen Sie, wir aber nicht! Und das Schöne dabei ist, daß unsere Meinung gilt.“

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 29. November.

Der Tarif für die Erhebung des Brückengeldes auf der Doppeldehbrücke bei Siems stellt sich nach einer Bekanntmachung des Polizeiamts wie folgt: Bei jedem Uebergange über die Doppeldehbrücke ist zu entrichten: für einen Fußgänger einschließlich der Traglast 5 Pf., für einen Reiter mit seinem Pferde 15 Pf., für einen Radfahrer mit seinem Fahrrad 10 Pf., für eine Schiebkarre oder ein Hundehufwerk oder einen Kinderwagen oder einen Handwagen nebst dem Führer 10 Pf., für ein Stück Rindvieh, einen Esel oder ein loses Pferd 10 Pf., für ein Füllen, Schwein, Schaf, Kalb oder eine Ziege 2 Pf., für ein einspänniges Fuhrwerk 15 Pf., für ein zweispänniges Fuhrwerk 25 Pf., für ein dreispänniges Fuhrwerk 35 Pf., für ein vierspänniges Fuhrwerk 45 Pf., für ein Automobil 25 Pf. Kleine Kinder, welche auf dem Arm getragen oder in einem Kinderwagen gefahren werden, sind vom Brückengelde frei. Bei der Entrichtung des Brückengeldes erhält der Passant einen Nützlichzettel über den entrichteten Betrag. Dieser Zettel ist aufzubewahren bis zu dem jenem der Brücke (auf der Lübecker Seite an der Chaussee westlich von dem Fahrhause, auf der Travemünder Seite auf der Chaussee jenseits der Gimmündung des Fahrweges von Siems bezw. an den Landwegen nach Siems und Klein) stehenden Tafel mit der Aufschrift „Nützlichzettel.“ Auf Erforderung sind die Nützlichzettel den Beamten des Polizeiamtes und der Bau-deputation vorzuzeigen. Von der Entrichtung des Brückengeldes sind befreit: die in Ausübung ihres Dienstes befindlichen Beamten und Militärpersonen, ferner Militär-fuhrwerke und die Fuhrwerke der Post und der Feuer-wehr.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: 1. Die Firma Hermann Michelsen in Lübeck: Inhaber: H. C. Michelsen; 2. bei der Firma Alfred Möbius in Lübeck: Inhaber: Kaufmann Louis Helmes; der A. C. Dippel ist Protura erteilt; 3. bei der Firma Elisabeth Schiering in Travemünde: Jegliche Inhaberin: Frieda Schiering; 4. bei der Firma H. Magnus: die Firma ist erloschen; 5. bei der Firma S. Cohn in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Kostock. Zum Streikposten-Verbot. Zum ersten Mal ist jetzt das Kostocker Streikposten-Verbot vor Gericht behandelt worden. Der Maurer Schmke in Kostock soll einen zugereisten Maurer Dieberig belästigt haben und deshalb wurde ihm auf Grund der ungesetzlichen Verordnung eine Polizeistrafe von 20 Mark auferlegt. Schmke beantragte gerichtliche Entscheidung. Die Verhandlung endete damit, daß beschlossen wurde, erst den Dieberig als Zeugen zu laden. Es ist zu vermuten, daß man, falls der zur Zeit unaufrichtbare Dieberig, der selbst die Anzeige erkrankt hat, vernommen werden kann und sich für belästigt erklärt, eine Verurteilung zwar nicht auf Grund der ungesetzlichen Verordnung, aber vielleicht wegen der Belästigung auf Grund des § 360^a versuchen wird. Aus der Verhandlung ist aber wichtig, daß der Amtsanwalt, wie die „Mecklenb. Volksztg.“ berichtet, die Verurteilung der Kostocker Polizei für ungesetzlich erklärte. Allerdings erwies er sich selber als nicht genügend orientirt, indem er weiter behauptete, es bedürfte einer solchen Ver-

ordnung nicht, da das Streikpostenstehen oder doch wenigstens das Anreden des angekommenen Maurers schon gegen § 360^a verstoße. Der Maurer Dieberig, so begründete er seine Ansicht, sei von Schmke nicht angedredet worden als Person, sondern — als Maurer, Hierin liege eine Belästigung, die sich gegen den ganzen Stand der Maurer richte. Jeder müsse sagen, daß es kein Rechtszustand ist, wenn in solcher Weise die Zugehörigen eines bestimmten Standes von Jedem angedredet werden können; bei dem Zusammentreffen müsse hierdurch unbedingt ein Gefühl des Unbehagens erweckt werden, weil er annehmen könne, daß es nicht bloß den Maurern, sondern bei anderer Gelegenheit auch ihm so ergehen könne. In dem Streikpostenstehen liegt deshalb eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Ruhe und ist daher der Angeklagte zu verurtheilen! — Leider hat die Erfahrung gelehrt, daß man bei der Rechtsprechung zum Koalitionsrecht nicht sagen darf, solche Wortkünstlichkeit finden bei den höheren Gerichten kein Verstandniß. Der sogenannte natürliche Menschenverstand verlangt eben gegenüber dem Juristenverstand, besonders dann, wenn Arbeiter im Kampfe um ihr Recht zu beurtheilen sind.

Oldenburg. Die oldenburgische Regierung scheint von ihrer reaktionären Haltung gegenüber der Sozialdemokratie ein wenig abgekommen zu sein. Sie hat das Verlangen, daß bei der Reform der Gemeindeordnung betreffs Anstellung und Wahl der Bürgermeister in Städten 1. Klasse, auch dessen Stellvertreter, die „Stadträte“, von der Regierung bestätigt werden sollen, durch ihren Kommissar im Verwaltungswege zurückgezogen. Bei dieser Gelegenheit theilte dieser mit, daß der Genosse Hug als Mitglied des Amtsvorstandes in Mürstringen bestätigt worden sei, die Regierung also nicht politisch anrüchige Personen nicht bestimme. Es ist auch eine Komodie der Widersprüche, da Hug ja doch nicht Vizebürgermeister werden kann, weil die Regierung von ihrem früher gefassten Beschlusse nicht absehen will.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung und Hausfriedensbruchs sind nach der „Bresl. Ztg.“ am Montag in Beuthen der Droschkentischer A. Wutke zu 2 1/2 Monaten und der Verkäufer J. Wutke, beide aus Königs-hütte, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Zwei Jahre für ein abgebißenes Ohr. Der Arbeiter Michael Laslawski aus Teueritz in Ostpreußen, der am 23. September dieses Jahres Abends dem Besitzer Wilschinski, den Fleischer Schröder und dessen Ehefrau übel zurichtete, bekam 2 Jahre Gefängniß, wurde auch sofort eingesperrt. S. hatte dem Schröder u. a. ein Stück vom rechten Ohr abgebißen.

Der angebliche Fall von Ekeintod, der sich nach der „Freil. Ztg.“ in Eberswalde zugetragen haben sollte, stellt sich jetzt als falsch heraus. Die „Ebersw. Ztg.“ veröffentlicht eine längere Erklärung, woraus hervorgeht, daß nach dem vom städtischen Armenrathe abgegebenen Gutachten Frau Scheere nicht im Starrkrampf gelegen hat, sondern bereits vor 5 Tagen gestorben ist.

Ein Krankenhaus-Skandal. Merkwürdige Zustände herrschen im Krankenhaus zu Rixdorf. In einer abgesondert gelegenen Baracke werden erkrankte Prostituirte behandelt. Die Kontrolle war im Laufe dieses Sommers höchst ungenügend und so war es möglich, daß die Dirnen sich von ihren Zuhältern Cigaretten, Chokoladen und sonstige Leckerbissen schmuggeln lassen konnten. Das ging außerordentlich einfach, denn die Burtschen kletterten über den Zaun, der die Baracke von der benachbarten Gaskanal trennt und überreichten ihren Damen unentgeltlich die Leckerbissen durch das von den Mädchen geöffnete Fenster. Durch diese Erfolge ermutigt, wurden die Zuhälter allmählich kühner. Die Baracke ist eingetheilt in zwei Säle, deren jeder Platz für sechs Betten hat. In den Monaten Juli und August wurden die Prostituirten Mathilde K., Frida B., Elise W., Marie B. und Marie W. gemeinsam in einem der Säle an Syphilis behandelt und diese Damen empfingen eine ganze Zeitlang am Abend ihre p. t. Freunde, um sie erst früh morgens wenn die Hähne krähen, wieder zu entlassen. Eines der Mädchen erzählte sogar, daß ihr Vorkommen sich Garde ins Krankenhaus bringen zu lassen und dann in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag ihrem Gewerbe nachzugehen, nur an dem Widerstand ihres „Bräutigams“ gescheitert sei. Endlich wurde der Skandal — zwar nicht durch die Wachsamkeit der Wärter, sondern durch einen Verrath — aufgedeckt und nunmehr soll gegen die Zuhälter wegen Hausfriedensbruchs vorgegangen werden.

Fürstinnen aller Länder vereinigt euch! Wie feinerzeit berichtet, hat sich ein Verein von 71 Fürstinnen, worunter sich zwei Königinnen befinden, zum Zwecke gefallener Mädchen und zur Hebung der Stillschickerei gebildet. Die letzte Nummer der Münchener „Jugend“ widmet dieser illustren Vereinigung folgenden Rathschlag:

Ihr meint es gut, wer könnte das bezweifeln?

Nach Hilfe schreit so manches Bettelkind.

Ihr geht zu Bethe den Verführungsteufeln

Und helft den Opfern, die gefallen sind.

Nur fragt es sich: Seid Ihr die rechten Kenner,

Die Ihr, dem Leben fremd, in Schlössern prunkt?

Ich rath' Euch deshalb: Fraget Eure Männer!

Die wissen, Manches über diesen Punkt!

Schuh vor Schuhtanten. Aus der Röhre wird der „Kl. Pr.“ vom 23. d. Mts. berichtet: Eine Dame aus Fulda kam mit der Bahn von Bischofsheim und wollte von Gersfeld aus weiter fahren. Sie sah schon im Zug, als ein Gensdarm ihre Verhaftung vornahm, sie abfuhrte und ohne Verhör eingesperrte. Zwei Stunden vergingen, bis man den Ferkner erkannte und die Dame, die mit einer geflüchteten Bremer Schwindlerin verwechselt war, wieder frei ließ.

Ueber ein tollkühnes Wagestück berichten Erlanger Blätter, wonach dieser Tage ein Student zwischen Fürth und Erlangen auf den in voller Fahrt befindlichen Schnellzug sprang. Ein Fahrgast soll den Bewegungen, der an seinem Kupe hing und mitgeschleift wurde, in den Waggons gezogen haben, wo er halbgetödt und am ganzen Leibe zitternd auf eine Bank niedersank. Eine Wette von 1000 Mk. soll den Studenten zur Ausführung dieses tollkühnen Streiches veranlaßt haben.

Eine Kindesbstörung, deren begleitende Umstände gruseligster Art sind, beschäftigte Dienstag die Strafkammer in Mannheim. Die erst vor einigen Tagen 17 Jahre alt gewordene Rosine Hertle hatte im Juli ds. Jrs. ihr neugeborenes Kind erstickt und die Leiche im Küchenherd verbrannt. Dieses Verbrechen dauerte nach ihrer Angabe von früh 10 Uhr bis Abends 5 Uhr. Die That wäre unentdeckt geblieben, wenn nicht der Verführer des Mädchens, der verheiratete und etwa dreimal so alte Fabrikarbeiter Dionys Klinging die Angestellte in einem anonymen Brief denunziert hätte. Das Gericht erkannte gegen das Mädchen auf 1 Jahr Gefängniß.

Ein polizeilicher Mißgriff aus der Schweiz. Der „Davoser Anzeiger“ erzählt von einer Verhaftung, die völlig unnötig war und nur aus Versehen geschah — dabei aber ein Menschenleben kostete. Ein kranker Kurgast übernachtete auf der Reise nach Davos in Basel in einem Hotel und fuhr am Morgen mit dem Hotelomnibus zum Bahnhof, um Abends in Davos-Dorf einzutreffen, wo seine Ankunft in einem Hotel avisiert war. Gleichzeitig übernachtete in demselben Hotel in Basel ein Herr, der am gleichen Morgen nach Biel reisen wollte. Dieser Herr gab dem Hotelier den Auftrag, seine zwei Koffer nach dem Bahnhof zu befördern, er selbst werde nachkommen. Diese zwei Koffer hat man dem gleichen Omnibus anvertraut, in dem der Kranke saß. In der Meinung, diese zwei Koffer gehören dem mitfahrenden Herrn, ließ sie der Portier in den Eisenbahnwagen tragen, in welchen der Kurgast einstieg. Mit sich selbst genug beschäftigt, achtete der kranke Mann nicht besonders auf diesen Vorgang und war auch der Meinung, der Eigentümer sei vielleicht im letzten Augenblick in einen anderen Wagen eingestiegen. Nun kommt aber eine überaus traurige Seite dieser bis hier ziemlich harmlosen Geschichte. Während des kurzen Aufenthaltes in Zürich ging der Reisende ins Bahnhofrestaurant, um sich zu erfrischen. Hier wurde er plötzlich verhaftet mit dem Bemerkten, von Basel hätte man telegraphisch gemeldet, er habe die zwei Koffer gestohlen. Seine Behauptungen, er sei unschuldig, halfen ihm nichts. Seine Ausweispapiere als Hamburger, ein Brief des Davoser Hoteliers, den er bei sich trug, sein Hinweis auf seinen kranken Zustand, das Anerbieten einer Kaution von 700 Franks, die er besaß, alles half nichts, er wurde als Dieb behandelt und nach Basel zurücktransportirt. Hier langte er Abends erschöpft an und wurde eingesperrt. Seine Bitte, einen Arzt zu holen, da er sehr krank sei, wurde mit der Bemerkung abgeschlagen, er befinde sich in keinem Spital, sondern im Gefängniß. Am Morgen des nächsten Tages hatte sich beim Verhör seine Unschuld sofort herausgestellt, worauf er einfach entlassen wurde. Abends langte er aufgeregt an in einem bedauernden Zustande in Davos-Dorf an. Zwei Tage darauf ist er gestorben. Er hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder.

Die Flucht aus Sibirien. Aus Krakau berichtet die Wiener „Zeit“: Vor dem Schwurgericht wurde dieser Tage eine höchst eigenthümliche, abenteuerliche Affaire zu Ende geführt. Eine Frau, Ryska Offenbach, war wegen schwerer Körperverletzung angeklagt, da sie vor vier Jahren an ihrem Geliebten Rubin Slamowicz ein Schwefelsäure-Attentat begangen hatte. Letzterer, der Sohn eines reichen Fabrikanten in Lodz, hatte im Jahre 1890 als Siebzehnjähriger die Bekanntschaft der schönen Brünnetta gemacht und war mit ihr, nachdem er seinen Vater bestohlen, ins Ausland gegangen. Nach einigen Monaten lernte das Liebespaar nach Lodz zurück und ließ sich dort zum Aergerniß der Eltern des jungen Mannes nieder. Es wurde auch eine Ehe nach jüdischem Ritus geschlossen, indem das Mädchen vor Zeugen dem Geliebten einen Ring an den Finger steckte und erklärte, daß er jetzt ihr Gatte sei. Schließlich ließ sich Slamowicz doch von seiner Familie bewegen, die Frau zu verlassen und ihr den Scheidebrief zu schicken. An einem Abend im Juni 1898 lauerte die Verlassene dem jungen Manne auf und goß ihm Schwefelsäure ins Gesicht. Slamowicz erlitt furchtbare Verletzungen und verlor das Augenlicht. Ryska Offenbach wurde von dem Gericht in Piotrkow zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien verurtheilt. Nach vier Monaten gelang es ihr jedoch, aus Kasnojarsk in Sibirien zu entfliehen. Sie kam auf ihrer Flucht nach Beuthen in Preussisch-Schlesien, fühlte sich indessen hier vor den Nachforschungen der russischen Polizei nicht sicher und wandte sich nach Krakau, wo sie die österreichische Staatsbürgerlichkeit dadurch erwarb, daß sie einen 77-jährigen Bettler Namens Sagan heirathete. Nachdem sie so vor der russischen Justiz in Sicherheit war, verließ sie den alten Gatten. Vor einigen Monaten erkannte in Karlsbad ein Bruder des Slamowicz die Vielgeliebte auf der Straße und ließ sie arretiren. Der Prozeß erregte durch seine abenteuerliche Vorgeschichte großes Aufsehen. Die Angeklagte, eine noch immer schöne Frau von hoher Gestalt, sagte, daß sie die That begangen, weil Rubin Slamowicz sie tief in ihrer Ehre gekränkt und in Gegenwart anderer Personen mit den gemeinsten Worten beschimpft habe. Große Bewegung erregte die Vorführung des Kronzeugen, des blinden Slamowicz, den ein Diener dem Gerichtshof vorführte. Ryska Offenbach wurde zu dreizehn Jahren schweren Kerkers verurtheilt, doch wurde 1 Jahr durch ihren Aufenthalt in Sibirien als verbüßt angenommen.

Eine genaue Waage. In der Bank von England hat man vor Kurzem eine Waage von einer außerordentlichen Genauigkeit aufgestellt. Wenn man auf die eine ihrer Schalen eine einfache Briefmarke legt, so bewegt sich der Waageballen um etwas mehr als 15 Zentimeter auf der Skala. Ja, auch das Gewicht eines Tintenflecks auf einem Blatt Papier genügt, um die Schale zu senken, ein Haar, ein Sandkorn bringen eine merkbare Senkung des Waageballens hervor. Und doch kann die Waage bis 200 Kilogramm Gold und Silber wiegen, ohne daß auch ein Fehler von nur ein Zehntel Milligramm unterliefe. Geht das Gewicht darüber hinaus, so wird dies durch ein automatisches Lautwerk angezeigt. Die Waage, die 2,20 Meter hoch ist und über 2 Tonnen wiegt, hat fast 16 000 Mark gekostet.

Darf ich um Ihr werthes Gehirn bitten? Prof. Wiber von der amerikanischen Cornell-Universität erließ kürzlich die Aufforderung an hervorragende Männer der Wissenschaft und Künstler, ihm für den Todesfall ihre Gehirne zu experimentellen Zwecken testieren zu lassen. Eine größere Zahl Personen kam dieser Aufforderung nach, darunter der bekannte Gelehrte Dr. Goldwin Smith.

Sonnabend den 29. November cr.:

Eröffnung unserer Spielwaaren- und Puppen-Ausstellung.

Grösste Auswahl am Platze.

Besichtigung gestattet.

Kein Kaufzwang.

Warenhaus Hansa

Lübeck, Breitestrasse 51.

Frau S. Kirchner
Hebamme
Königsstr. Nr. 30.

Prima gesalzenes
Schweinefleisch Pfd. 65 Pfg.
Karbonade „ 75 „
Kalbfleisch „ 40 „
Rindfleisch „ 50 „
Pr. Schweinefl. „ 65 „

W. Strohfeldt,

Stoßengießerstraße 73
Markthallenstand Nr. 13 und 14.

Prima dicke Rippen zum Grillen Pfd. 70 Pfg.
Ranchhunde 80 Pfg., ger. Naden 85 Pfg., Kaffeler
Rippespeer 90 Pfg., gefochte Rehwurst 70 Pfg.,
Leberwurst und geräucherter Leberwurst 70 Pfg.,
Braunschweiger 50 Pfg., Preßwurst 60 Pfg.,
frisches Kalbfleisch 30 Pfg., Brodwurst St. 10 Pfg.,
Kohlwurst Pfd. 60 Pfg., fr. Schwarzf. 10 Pfg.
Jeden Sonnabend 5 Uhr:

— **Warme Knackwurst.** —
M. Labartz, Böttcherstr. Fernspr. 1291.

Do. Rindfleisch, do. Kalbfleisch
prima Schweinefleisch
zu billigsten Tagespreisen.

Fritz Möller, Salzenitzmaner 86,
bei der St. Gräbelgrube.

J. Rocks Restaurant
Zuhaber: O. Martinssen
13 Lindenstrasse 13.

Muspielen
von
fetten Gänsen, Karpfen
und **Ranchfleisch**
auf einem Ziehbillard
am Sonntag den 30. Nov.
Beginn Morgens 11 Uhr. Einfaß 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein O. Martinssen

Carl Herm. Stave
Mich. Stave

Weiter Strambuden 4
empfiehlt
Lodenjoppen, Jagdwesten,
blauwollene Unterjacken,
Normal-Unterzeuge,
Strickwolle, Strümpfe, Socken.

H. Schultz

Uhrmacher
Johannisstraße 3.
Geschäftsverlegung
nach ob. Johannisstraße 11.
Gern: billiger Verkauf aller
Arten Uhren u. Goldwaare.

Bitte Preise im Schaufenster zu beachten
Regulatore mit Schlagwerk von 10 Mk. an.
Herren- und Damenuhren von 8 Mk. an.
Goldene Trauringe, gelegentlich gestempelt.
Kathenower Brillen, große Auswahl.

F. Aufschnitt
Kaffeler Rippespeer
Ranchstücke

frische Brod- u. Grühwurst
empfiehlt

Fritz Schulz
Arminstraße 12

Empfehle prima Rindfleisch,
Schweine-, Hammel- u. Kalb-
fleisch, sowie alle Arten Wurst
zu den billigsten Tagespreisen.

F. Block

Markthallen-Stand Nr. 34, 35 und 36
und Endwigstraße 37.

Unserm Vater J. Oidekop in Jadenburg
zu seinem 54. Geburtstag ein donnerndes Hoch.
Feine Kinder
F. und M.

Zum Weihnachtstisch

empfehlen:

Bilderbücher,
Märchenbücher
etc. etc.

in großer Auswahl.

Bilderbücher schon von **10 Pfg.** an.

Für Vereine und Gewerkschaften, welche Kinderbescherungen veran-
stalten, sind obige Sachen besonders geeignet und gewähren den-
selben einen hohen Rabatt.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Sämtliche Sachen sind auch durch unsere Kolporteurs zu beziehen.

Pelzwaaren

aller Art und neuester Mode empfiehlt
in großartiger Auswahl
zu wirklich billigen Preisen

Die Pelz-
waren-
Fabrik **Johs. Tralow**
Lübeck, obere Wahnstraße 11.



Anfertigung
u. Umände-
rung schnell
und billig.

Der Neue Welt-Kalender

für
das Jahr 1903

ist soeben erschienen und wie seine
Vorgänger sehr reichhaltig ausge-
stattet.

Von dem Inhalt heben wir besonders
hervor:

Kalendarium. Postwesen. Messen
und Märkte. Bruno Schoenlank
(mit Portrait). Russische Revolu-
tionen von A. Demmer. Prüfung
von Schiffsmoellen (mit Illustra-
tionen). Ferner einige sehr gute
Erzählungen, Gedichte und vieles
andere.

Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50
sowie deren Colporteurs.

Bett-Inletts

garantirt federdicht,
Nr. 40 Pfg., 50 Pfg., 75 Pfg., 90 Pfg. bis
3,00 Mk.

Bettfedern

prima feinste Qualitäten,
Pfund 40 Pfg., 50 Pfg., 75 Pfg., 95 Pfg.
bis 3,50 Mk.

Daunen und 1/2 Daunen

Pfund 1,50, 2,20 bis 7,00 Mk.

Unterzeuge

Normal-Hemden von 90 Pfg. an.

Normal-Hosen von 75 Pfg. an.

Flanell-Hemden von 3,00 Mk. an.

Jagdwesten von 1,50 Mk. an.
Blau wollene Unterjacken
in allen Preislagen.

Arbeits-Garderoben

in größter Auswahl
empfiehlt — für jeden Beruf —

Harry Dahm

Königsstr. 91. Magazin für **Ede Wahnstr.**
Bettfedern, Daunen und fertige Betten.

Filiale bei: **Bernhard Lemcke, Schönkampstraße Nr. 6.**

Puppen- u. Haarperrücken von 1 Mk.
an.
J. Lau, Deufwardstraße 39.
NB. Kanje ausgefärbte Haare.

Muspielen
von
fetten Gänsen, Karpfen
und **Ranchfleisch**
auf einem Ziehbillard
im „**Waffenhof**“
am Sonntag den 30. November.
Hierzu ladet höflichst ein
Ludw. Böckler.

Gasthof
„Stadt Schleswig“
Hundstraße 14
Großes Perschießen
mit Salonbüchsen
von
fetten Gänsen, Karpfen
und **Ranchfleisch**
am Montag den 1. Dezember.
Anfang 10 Uhr Morgens Einfaß 50 Pfg.
Abends 8 1/2 Uhr eine Nierfergans.
Hierzu ladet ergebenst ein
J. C. B. Schmehl.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lokal und Nachbargebiete“ sowie der mit J. St. bezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Eigentümer: J. C. B. Schmehl.